

■ Wenige Ereignisse waren für die Bundesrepublik und für Westeuropa so folgenreich wie der NATO-Doppelbeschluss vom Dezember 1979. Die öffentliche Ablehnung war damals gewaltig. Wie aber stellt sich diese Reaktion 30 Jahre später dar – nach dem Zusammenbruch von Sowjetunion und Warschauer Pakt und nach der langsamen Öffnung der ehemaligen sowjetischen Archive? Lässt sich nun abschätzen, wer damals eigentlich der Aggressor war? ■

Gerhard Wettig

## Die Sowjetunion in der Auseinandersetzung über den NATO-Doppelbeschluss 1979–1983

### Zur Vorgeschichte

Bis 1975 sah die NATO das militärische Gleichgewicht in Europa gewahrt. Zwar verfügte nur die UdSSR über landgestützte kontinental-strategische Raketen, doch schienen diese – die 1959 und 1960 eingeführten SS 4 und SS 5 – trotz ihrer großen Anzahl (über 700) wenig bedrohlich, weil ihre geringe Treffgenauigkeit die gezielte Zerstörung militärischer Objekte ausschloss. Die in Westeuropa stationierten amerikanischen Kernwaffen, die das potentielle Gefechtsfeld abdeckten, konnten daher nicht mit Gewissheit als Instrument der westlichen Abschreckung ausgeschaltet werden. Als die Sowjetunion ihre Altraketen in den Jahren 1976/77 durch die SS 20 (RS 10 „Pionier“) zu ersetzen begann, änderte sich die Lage. Ende 1977 waren dann 10, Ende 1978 70 und Ende 1979 120 dieser Startgeräte stationiert.

Dieses Raketensystem hatte drei unabhängig voneinander ins Ziel zu bringende Kernsprengköpfe und ließ sich aus bereitstehenden Depots nachladen. Damit vervielfachte sich das Potential. Noch wichtiger war der Qualitätszuwachs. Die mittlere Zielgenauigkeit von 250–300 m erlaubte es, nukleare Ladungen von je einer halben Megatonne auf Punktziele zu richten, mithin „gehärtete“ Anlagen zu vernichten. Aufgrund der Reichweite von immerhin 4.500 km war sogar von Standorten östlich des Ural aus ganz Europa zu erreichen. Da die SS 20 auf Fahrzeugen montiert war, die ihre Positionen rasch verändern konnten, war eine Zielerfassung durch den Gegner und damit eine Ausschaltung durch dessen Raketen nicht möglich. Der Feststoffantrieb verbesserte auch die Lagerungsmöglichkeiten. In vorbereiteter Stellung waren die Raketen in 5 bis 8 Minuten startklar, aus dem Marsch heraus in 40 bis 60 Minuten<sup>1</sup>.

<sup>1</sup> Vgl. hierzu Erhard Forndran/Gert Krell (Hrsg.), Kernwaffen im Ost-West-Vergleich. Zur Beurteilung militärischer Potentiale und Fähigkeiten, Baden-Baden 1984, S. 506–509 (Tabelle); B. E. Tschertok, Raketen und Menschen, Bd. 3: Heiße Tage des kalten Krieges, Klitzschen 2001, S. 536 f.; Information über die während des Manövers „Sapad-81“ vorgeführten Komplexe der strategischen Angriffskräfte der UdSSR. Geheime Kommandosache (persönlich), in: Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg, VA-01/32241, Bl. 209–212.

Marschall Dimitrij Ustinov – von 1976–1984 sowjetischer Verteidigungsminister – betonte intern, die westlichen Länder verfügten „gegenwärtig und in den nächsten Jahren über keinen auch nur annähernd gleichwertigen Raketenkomplex“. Die SS 20 solle sich im Kriegsfall an den massierten Kernwaffenschlägen der strategischen Angriffskräfte beteiligen und alle militärisch bedeutsamen Objekte aller europäischen NATO-Staaten zu Land und zu Wasser mit einem Schlag vernichten und damit die Verteidigung des westlichen Bündnisses ausschalten<sup>2</sup>. Damit galt das Problem der „vorne stationierten Systeme“ (sredstva perodovogo bazirovanija, forward-based systems bzw. FBS) der USA als gelöst<sup>3</sup>. Das Ziel war, Westeuropa militärisch wehrlos zu machen und politisch vom global-strategischen Abschreckungsschirm der USA abzukoppeln. Diese militärische Strategie werde – so Ustinov – eine „entschiedene“ Außenpolitik erlauben<sup>4</sup>.

Ustinov, der die Entwicklung der SS 20 betrieben hatte, trat zusammen mit KGB-Chef Jurij Andropov am kompromisslosesten für die Einführung dieses Waffensystems ein. Beide hatten das Ohr Leonid Brežnev, der als Generalsekretär der KPdSU die abschließende Entscheidung zu treffen hatte. Dieser war zwar an einer dauerhaften Verständigung mit dem Westen interessiert, billigte aber grundsätzlich alle Maßnahmen, die ihm als verteidigungserforderlich unterbreitet wurden, obwohl er eher in pragmatischen als in ideologischen Kategorien des „internationalen Klassenkampfes“ dachte. Er hielt trotzdem alles für gerechtfertigt, was der Abwehr der „aggressiven“ Bestrebungen des „Imperialismus“ diene, und ignorierte den Widerspruch zwischen der ideologischen Prämisse eines prinzipiell feindlichen Westens und seinem Bemühen um wechselseitiges Einvernehmen. Seine Neigung, sich nicht mit Einzelheiten abzugeben, sondern diese den zuständigen Führungsmitgliedern zu überlassen, und eine fortschreitende Erkrankung, die ihn oft für längere Zeit ausschaltete, stärkten die Position der Rüstungsmaximalisten. Diese wurden stets unterstützt vom Leiter der Internationalen Abteilung des Zentralkomitees (ZK), Michail Suslov, und seinem Stellvertreter, Boris Ponomarev, die über die Reinheit der antiwestlichen Ideologie wachten. Andrej Gromyko, dem als Außenminister der entstehende internationale Konflikt möglicherweise wenig erwünscht war, teilte jedoch die prinzipiellen Auffassungen über das Verhältnis zum Westen und sah sich zudem aufgrund seiner relativ schwachen Machtposition zur Parteinahme für Ustinov und Andropov veranlasst. Ministerpräsident Aleksej Kosygin hegte mit Blick auf die Wirtschaftslage große Bedenken, hatte aber wegen persönlicher Spannungen zu Brežnev von vornherein keine Aussicht auf Gehör<sup>5</sup>.

<sup>2</sup> Ebenda, Bl. 210 f.

<sup>3</sup> A. M. Aleksandrov-Agentov, Ot Kollontaj do Gorbačëva. Vospominanija diplomata, sovetnika A. A. Gromyko, pomoščnika L. I. Brežneva, Ju. V. Andropova, K. U. Černenko i M. S. Gorbačëva, Moskau 1994, S. 269. In diesem Sinne Brežnev auf der Tagung des Warschauer Pakts in Moskau, 22. 11. 1978, zit. bei Vojtech Mastny/Malcolm Byrne (Hrsg.), *A Cardboard Castle? An Inside History of the Warsaw Pact*, Budapest/New York 2005, S. 421.

<sup>4</sup> Vgl. Aleksandrov-Agentov, *Ot Kollontaj do Gorbačëva*, S. 269.

<sup>5</sup> Vgl. hierzu Aleksandr G. Savelyev/Nikolay N. Detinov, *The Big Five. Arms Control Decision-Making in the Soviet Union*, Westport/CT/London 1995, S. 17–20, S. 25, S. 27 f., S. 33 f. u.

Die SS 20 weckte in Westeuropa große Sorge. Vor allem in Bonn, wo man anders als in London und Paris keine nationale Minimalabschreckung besaß und allein auf den nuklearen Schutz der NATO angewiesen war, fürchtete man, diese allein gegen die europäischen Verbündeten der USA gerichtete Erstschlagsrakete werde das amerikanische Engagement zur Abschreckung der UdSSR hinfällig machen. Man glaubte zwar nicht, dass der Kreml auf einen militärischen Konflikt zusteure, erwartete aber, dass er die entstehende Wehrlosigkeit zur Ausübung politischen Drucks benutzen werde. Als erster sah Bundeskanzler Helmut Schmidt die heraufziehende Gefahr: er forderte am nachdrücklichsten den Verzicht auf die SS 20. Als die sowjetische Führung seinen vertraulichen Appell ignorierte, ging er im Herbst 1977 mit einem Vortrag in London an die Öffentlichkeit. Im Mai 1978 erklärte er Brežnev bei dessen Besuch in Bonn, die Regierungen in Westeuropa könnten so lange nicht an die Stabilität der Entspannung und an die Aufrichtigkeit der friedlichen Absichten Moskaus glauben, solange ihre Länder als Ziel sowjetischer Nuklearraketen dienen würden, denen sie nichts entgegenzusetzen hätten. Zwar werde die Aufrichtigkeit seiner Friedenspolitik nicht angezweifelt, doch wisse man nicht, was nach ihm komme. Das Problem müsse irgendwie gelöst werden, wenn es einen wirklich stabilen Frieden in Europa geben solle. Entweder beseitige die UdSSR in Fortsetzung ihrer Politik der militärischen Entspannung die Bedrohung, oder die Westeuropäer müssten an adäquate Maßnahmen für ihre Verteidigung denken. Brežnev stellte jedoch die sicherheitspolitische Herausforderung in Abrede. Auf beiden Seiten besitze man „gleiche Sicherheit“<sup>6</sup>.

Nach Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte am 1. August 1975 hatte der Kreml den Prozess der „politischen Entspannung“ für abgeschlossen erklärt. Nun gehe es um die „militärische Entspannung“<sup>7</sup>. Auf eine entsprechende Kampagne im Westen hatte sich die Internationale Abteilung schon lange vorbereitet, 1976 wurde sie auf Beschluss des Politbüros in Gang gesetzt. Sie sollte im Westen für die sowjetischen Abrüstungsinitiativen werben und gleichzeitig die „militaristischen“ Pro-NATO-Kräfte isolieren. Die Instruktionen aus Moskau an die Front- und Filialorganisationen im Ausland lauteten, der Westen müsse das Wettrüsten beenden und seine Waffenarsenale abbauen. Dem Kreml sollten militärische Zurückhaltung und Verzicht auf das Streben nach Überlegenheit bescheinigt

S. 35 f.; Aleksandrov-Agentov, Ot Kollontaj do Gorbačëva, S. 236–238, S. 248 f. u. S. 264–270; S. F. Achromeev/G. M. Kornienko, Glazami maršalla i diplomata, Moskau 1992, S. 18–23 u. S. 29 (Ausführungen Achromeevs), S. 37 f. (Ausführungen Kornienkos); A. S. Černjaev, Moja žizn', moč vrenja, Moskau 1995, S. 287, S. 292, S. 296 u. S. 308; K. N. Brutenc, Tridcat' let na Staroj Ploščadi, Moskau 1998, S. 146 u. S. 164–166; Anatolij Gromyko, Andrej Gromyko. Vospominanija i razmyslenija, Moskau 1997, S. 51–56.

<sup>6</sup> Vgl. Aleksandrov-Agentov, Ot Kollontaj do Gorbačëva, S. 193–195.

<sup>7</sup> Zum einseitigen sowjetischen Verständnis der „militärischen Entspannung“, siehe Leonid Zamjatin, Miru nužna voennaja razrjadka, in: Literaturnaja gazeta vom 26. 12. 1970; Aleksej Arbatov, Trebovanie vremeni, in: Sovetskaja Rossija vom 20. 6. 1980; A. G. Arbatov, Strategičeskij paritet i politika administracii Kartera, in: SŠA. Ėkonomika, politika, ideologija (1980), H. 11, S. 37 f.

werden<sup>8</sup>. Nicht die UdSSR, deren Streitkräfte nach sowjetischem Urteil deutlich stärker waren<sup>9</sup>, sondern die Gegenseite hatte abzurüsten. Sie sollte nicht nur das Militär verringern, sondern ganz auf die NATO verzichten<sup>10</sup>. Erst nachdem die Amerikaner 1978 die Einführung der Neutronenwaffe beschlossen hatten, um den überlegenen sowjetischen Panzern auf dem europäischen Gefechtsfeld Paroli zu bieten, stieß die Kampagne auf Resonanz in der Öffentlichkeit. Als der amerikanische Präsident Jimmy Carter das Vorhaben fallen ließ, sah der Kreml darin einen Erfolg seines „Kampfes für den Frieden“<sup>11</sup>.

Anfang Januar 1979 kamen die Regierungschefs der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Bundesrepublik auf Guadeloupe überein, mit der UdSSR über die SS 20 zu verhandeln. Um die sowjetische Führung zum Einlenken zu bewegen, wollte man mit der Aufstellung landgestützter amerikanischer Mittelstreckenraketen drohen. Die NATO erhielt den Auftrag, ein Konzept eventueller „Nachrüstung“ auszuarbeiten und auf dieser Basis einen „Doppelbeschluss“ zu fassen. Man wollte einen SS 20-Verzicht fordern und für den Fall, dass man im Kreml dazu nicht bereit war, die Entschlossenheit zum Ausdruck bringen, Gegenstationierungen vorzunehmen. Die drei westeuropäischen Politiker stimmten dem Vorschlag Carters nur ungern zu. Sie hätten es lieber gesehen, wenn Washington die SS 20 zur Kernfrage der laufenden Verhandlungen mit Moskau über die Begrenzung der strategischen Rüstungen (Strategic Arms Limitation Talks, SALT II) gemacht hätte. Die Aussicht, sich bei ausbleibender sowjetischer Bereitschaft zum Nachgeben Raketen ins eigene Land holen zu müssen, bereitete

<sup>8</sup> Vgl. Michael Ploetz, Breshnews Langzeitstrategie im Spiegel von SED-Dokumenten, in: Heiner Timmermann (Hrsg.), *Deutsche Fragen. Von der Teilung zur Einheit*, Berlin 2001, S. 66–73; Michael Ploetz, NATO and the Warsaw Treaty Organisation at the Time of the Euromissile Crisis, 1975–1985, in: Gustav Schmidt (Hrsg.), *A History of NATO. The First Fifty Years*, Vol. 2, Houndmills/New York 2001, S. 213 f.; Wladimir Bukowski, *Abrechnung mit Moskau. Das sowjetische Unrechtsregime und die Schuld des Westens*, Bergisch-Gladbach 1996, S. 423–427; Rüdiger Schlaga, *Die Kommunisten in der Friedensbewegung*, Münster 1991, S. 263–296.

<sup>9</sup> Vgl. Beurteilung der Militärübung des Warschauer Pakts „Zapad“ vom 30. 5.–9. 6. 1977 durch Marschall Ogarkov, in: Mastny/Byrne (Hrsg.), *A Cardboard Castle?*, S. 406–412; Bericht von Marschall Kulikov über die militärischen Fähigkeiten der sowjetischen Streitkräfte (Auszüge), in: Ebenda, S. 413 f.; Auszug aus dem Protokoll der Sitzung des Politbüros der rumänischen KP [Erörterung der vorangegangenen Sitzung des PKK des Warschauer Pakts in Moskau], 24. 11. 1978, in: Ebenda, S. 422–424; Einschätzung der militärischen Lage durch den KGB auf der Geheimdiensttagung der östlichen Geheimdienste in Sofia, 23.–29. 5. 1977, zit. bei Walter Süß, *Asymmetrische Kooperation zwischen den Sicherheitsapparaten der DDR und der Sowjetunion im Kampf gegen die „ideologische Subversion“*, Papier zur Vorlage auf der internationalen Konferenz über die kommunistischen Sicherheitsapparate in Warschau, 16.–18. 6. 2005 (unveröffentlichtes Manuskript, das der Autor mir freundlicherweise zur Kenntnis gab), o. S.; Brežnev im Gespräch mit Erich Honecker, 27. 7. 1979, in: Hans-Hermann Hertle/Konrad H. Jarausch (Hrsg.), *Risse im Bruderbund. Die Gespräche Honecker – Breshnew 1974 bis 1982*, Berlin 2006, S. 165.

<sup>10</sup> So etwa W. Sagladin (Hrsg.), *Europa und die Kommunisten*, Frankfurt a. M. 1977, insbes. S. 225–258.

<sup>11</sup> Vgl. B. N. Ponomarev während einer Beratung mit leitenden SED-Funktionären am 3.–5. 7. 1979, in: Michael Ploetz, *Wie die Sowjetunion den Kalten Krieg verlor. Von der Nachrüstung zum Mauerfall*, Berlin 2000, S. 137.

ihnen allen, besonders aber Schmidt mit Blick auf die starke Rüstungsgegnerschaft in der SPD, großes Unbehagen<sup>12</sup>.

Schon deshalb bemühte sich der Bundeskanzler um einen Kompromiss mit dem Kreml, der die ins Auge gefasste Nachrüstung erübrigen würde. Im Sommer 1979 unterbrach er in Moskau einen Flug nach Tokio, um mit Kosygin und Gromyko darüber zu sprechen. Als er den Aufwuchs der SS 20 als gravierendes Problem für das militärische und politische Gleichgewicht bezeichnete, erklärte sich der sowjetische Ministerpräsident zu Verhandlungen nicht befugt; er sei aber bereit, „Informationen“ entgegenzunehmen. Daraufhin unterbreitete Schmidt das „private Angebot“, er könne die bis dahin aufgestellten Raketen – zu dieser Zeit waren das etwa 100 Startgeräte – akzeptieren, wenn die UdSSR auf weitere Dislozierungen verzichte. Die fehlende Ermächtigung durch die NATO-Partner war insofern unwichtig, als die Durchführung der ins Auge gefassten Gegenmaßnahme von der Beteiligung der Bundesrepublik abhing. Kosygin hielt die vorgeschlagene Regelung für vertretbar und stellte im Politbüro vorsichtig die Frage, ob man die Sache nicht vielleicht erwägen könne. Gromyko schwieg, während sein Stellvertreter Georgij Kornienko die Ansicht vertrat, ein Ja würde die Sicherheit des Landes nicht beeinträchtigen. Ustinov wandte sich aber heftig dagegen. Das Anerbieten war damit abgelehnt<sup>13</sup>.

### Entwicklungen vor dem NATO-Doppelbeschluss

Die High Level Group<sup>14</sup> der NATO war bei Ausarbeitung ihres Stationierungskonzepts bestrebt, auf jede nur denkbare Gefährdung der sowjetischen Sicherheit zu verzichten und die strategische Stabilität zur obersten Richtschnur zu machen. Sie wollte nur eine Mindestzahl von Raketen stationieren, sah keine Mehrfachsprengköpfe vor und schloss die Fähigkeit zum nuklearen Erstschatz dadurch aus, dass sie die schnellen, punktzielgenauen ballistischen Pershing-II-Raketen auf eine Reichweite von 1.800 km beschränkte, so dass sie weder die meisten Stationierungsgebiete der SS 20 noch die militärischen und zivilen Kommandostel-

<sup>12</sup> Vgl. Klaus Wiegrefe, *Das Zerwürfnis. Helmut Schmidt, Jimmy Carter und die Krise der deutsch-amerikanischen Beziehungen*, Berlin 2005, S. 162–164 u. S. 252–257; Peter Corterier, *Die Regierung Schmidt und der NATO-Doppelbeschluss*, in: Jürgen Maruhn/Manfred Wilke (Hrsg.), *Raketenpoker um Europa. Das sowjetische SS 20-Abenteuer und die Friedensbewegung*, München 2001, S. 118–125, hier S. 119.

<sup>13</sup> Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit Ministerpräsident Kossygin am 25. Juni 1979 von 17.30 bis 21.00 OZ in Moskau, in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bestände des [seinerzeit in Bonn angesiedelten] Auswärtigen Amtes (künftig: PA-AA), B 130, Bd. 14078, Ref. 010, o. Bl. (S. 1–17, insbes. S. 13–15); vgl. G. M. Kornienko, *Cholodnaja vojna. Svidetel'stvo eë učastnika*, Moskau 2001, S. 289 f.; Achromeev/Kornienko, *Glazami maršalla i diplomata*, S. 43 f. (Ausführungen Kornienkos). Im deutschen Protokoll, das vermutlich als Grundlage für die Unterrichtung der Verbündeten diente, ist nur von der sich stellenden Alternative, nicht aber von Schmidts eigenmächtigem Angebot die Rede.

<sup>14</sup> Die High Level Group ist ein Beratungsgremium der Nuclear Planning Group, das sich aus militärischen Vertretern aller Mitgliedstaaten (außer Frankreich und Island) zusammensetzt und mehrmals im Jahr zusammentritt.

len der UdSSR erreichen konnten. Zudem wurde ihre Zahl auf 108 begrenzt. Es wurden weiterhin 464 „Tomahawk“-Marschflugkörper vorgesehen, die 2.500 km weit fliegen konnten. Von diesen hatte die Sowjetunion allerdings keinen Entwaffnungs- oder Enthauptungsschlag zu befürchten, denn ihr blieb aufgrund des langsamen Flugs dieser Raketen genügend Zeit, vor deren Eintreffen an den Zielorten sowohl Gegenschläge zu führen als auch die weitere Funktionsfähigkeit der Befehlszentralen durch Schutz und Evakuierung zu sichern.

Für die Pershing II sah man bewusst Gebiete vor, die in der Reichweite eines gegnerischen Angriffs lagen. Die Exponiertheit dieser Standorte sollte zeigen, dass man die Raketen im Kriegsfall unter allen Umständen abfeuern werde, weil sie sonst in Feindeshand zu geraten drohten. Gleichzeitig sollte dieses Konzept verdeutlichen, dass man keine Offensivkapazitäten anstrebte. All das zielte darauf ab, der Kremelführung die Sorge vor einem entwaffnenden Erstschlag zu nehmen, die sie zu einem präemptiven Angriff veranlassen könnte. In Moskau sollte man wissen, dass es dem Westen nur auf seine Verteidigung ankam<sup>15</sup>. Der erhoffte positive Eindruck wurde jedoch verfehlt. In der Sowjetunion galt die NATO nach wie vor als „aggressiv“<sup>16</sup>. Die sowjetischen Militärs konnten sich nicht vorstellen, dass die USA die technischen Möglichkeiten der Pershing II nicht voll nutzen würden, und glaubten daher, dass sie mit einer größeren Reichweite ausgestattet wurde, mithin zur Vernichtung der Regierungs- und Kommandozentren in der UdSSR geeignet war. In sowjetischer Sicht handelte es sich hier um eine Erstschlagswaffe, die im Falle des – ständig befürchteten – westlichen Angriffs zu sofortiger Wehrlosigkeit führen könnte<sup>17</sup>.

Seit Mitte der siebziger Jahre, als die internationale Entwicklung im Kreml noch optimistisch beurteilt worden war, hatte sich die weltpolitische Lage verdüstert. Die Expansion der UdSSR in der Dritten Welt und ihre fortgesetzte Aufrüstung hatten der Entspannungshoffnung in den USA schwere Schläge versetzt und die Carter-Administration – entgegen ihren Neigungen – zu deutlich verstärkten militärischen Anstrengungen veranlasst. Schon vor dem Raketenkonflikt in Europa hatte die NATO jährliche Zuwächse der Verteidigungsausgaben festgelegt. Die von Moskau unterstützten Regime in Afrika und Lateinamerika behaupteten sich immer mühsamer gegen Aufstandsbewegungen. Zugleich geriet die Sowjetunion durch die Unterstützung ihrer Klienten in den Entwicklungsländern, die sinkenden Erträge des Ölports und ihre systembedingten ökonomischen Schwächen in immer größere wirtschaftliche Schwierigkeiten. Der Wohlstandszuwachs wurde illusorisch, den die Kremelführung der Bevölkerung versprochen hatte, und die sich ständig vergrößernde technologische Rückständigkeit

<sup>15</sup> Vgl. Paul H. Nitze, *From Hiroshima to Glasnost. A Memoir*, New York 1989, S. 367–369; Wiegreffe, *Das Zerwürfnis*, S. 257–259; Gerhard Wettig, *Die Instrumentalisierung von Bedrohungsvorstellungen und Streitkräftedaten im INF-Bereich*, in: Forndran/Krell, *Kernwaffen im Ost-West-Vergleich*, S. 364 f.

<sup>16</sup> Vgl. Aleksej Arbatov, *Voenno-strategičeskij paritet i politika SŠA*, Moskau 1984, S. 196.

<sup>17</sup> Vgl. Oleg Grinevskij, *Perelom. Ot Brežneva k Gorbačëvu*, Moskau 2004, S. 22 f.; Ploetz, *Wie die Sowjetunion den Kalten Krieg verlor*, S. 82; Julij A. Kwizinskij, *Vor dem Sturm. Erinnerungen eines Diplomaten*, Berlin 1994, S. 292 u. S. 324.



gegenüber dem Westen führte, von der SS 20 abgesehen, zu einer qualitativen Unterlegenheit der neu eingeführten Waffensysteme. Um so wichtiger erschien es den sowjetischen Marschällen, das Raketenmonopol in Europa uneingeschränkt zu wahren, das ihnen die SS 20 verschaffte. Durch seine fortschreitende Erkrankung war Brežnev immer weniger in der Lage, ihrem überschießenden Rüstungsbedürfnis irgendwelche Zügel anzulegen.

Auf Ustinovs Veranlassung hin erhielt die Internationale Abteilung den Auftrag, die westeuropäische Öffentlichkeit gegen die NATO-Nachrüstung zu mobilisieren<sup>18</sup>. Am 25. Juni 1979 brachte Gromyko die ablehnende Haltung der UdSSR gegenüber dem westlichen Vorhaben öffentlich zum Ausdruck<sup>19</sup>. Am 15. Oktober forderte der Kreml „führende Persönlichkeiten“ des Westens in einem vertraulichen Schreiben auf, von der vorgesehenen Dislozierung Abstand zu nehmen<sup>20</sup>. Das Signal zur großangelegten Kampagne gab Brežnev am 6. Oktober. Er warf der NATO vor, sie strebe nach Überlegenheit in Europa, und drohte Gegenmaßnahmen an, wenn sie den Plan nicht aufgebe. Für die Stationierung gebe es keinen Grund. Die UdSSR habe ihre Mittelstreckensysteme nicht vermehrt; die Ersetzung der SS 4 und SS 5 durch die SS 20 sei eine Routinemodernisierung, wie sie auch der Westen immer wieder vornehme. Falls die NATO keine neuen Raketen aufstelle, sei man sogar bereit, die Raketen in den europäischen Landesteilen zu verringern. Brežnev kündigte zudem den Rückzug von 20.000 Mann und 100 Panzern aus der DDR an und erklärte sich zu Verhandlungen bereit<sup>21</sup>. Der Rede folgten Schreiben gleichen Inhalts an die westlichen Regierungschefs<sup>22</sup>.

Das sollte den Eindruck erwecken, als wolle der Kreml – im Gegensatz zu den Führern im Westen – die militärischen Fähigkeiten nicht verstärken. In Wirklichkeit stellte er lediglich in Aussicht, einige der diesseits des Ural aufgestellten und noch vorgesehenen SS 20 nach Osten zu verlegen, von wo aus sie im Übrigen weiterhin ganz Westeuropa erreichen konnten. Die Reduzierungszusage beruhte allein darauf, dass es für die UdSSR ohnehin nicht zweckmäßig, weil zu aufwendig war, alle ca. 700 SS 4 und SS 5 durch SS 20 zu ersetzen, denn es waren ungleich weniger von diesen Raketen erforderlich, um Westeuropa mit einem Schlag militärisch auszulöschen. Wie sich später zeigte, war ein Ziel von 333 Startgeräten, davon 234 in Europa, festgelegt worden. Die genannten 20.000 Mann und 100 Panzer wurden nicht in ganzen Einheiten aus der DDR zurückverlegt, sondern einzeln herausgenommen, so dass sich die Zahl der Verbände nicht änderte<sup>23</sup>. Die Bereitschaft zu Verhandlungen wurde davon abhängig gemacht, dass die NATO auf den Doppelbeschluss verzichtete. Wäre Brežnevs Angebot

<sup>18</sup> Vgl. Grinevsij, Perelom, S. 20 f.

<sup>19</sup> Vgl. Press-konferencija A. A. Gromyko, 25. 6. 1979, in: Pravda vom 26. 6. 1979.

<sup>20</sup> Brief an die führenden Persönlichkeiten kapitalistischer Länder, 15. 10. 1979, zit. in: Michael Ploetz/Hans-Peter Müller, Ferngelenkte Friedensbewegung? DDR und UdSSR im Kampf gegen den NATO-Doppelbeschluss, Münster 2004, S. 141 f.

<sup>21</sup> Text in: Pravda vom 7. 10. 1979.

<sup>22</sup> Vgl. Ploetz/Müller, Ferngelenkte Friedensbewegung?, S. 141 f.

<sup>23</sup> Brežnev betonte daher gegenüber Honecker am 4. 10. 1979, keine der Maßnahmen werde zu einer „Schwächung der Verteidigungskraft unserer Streitkräfte, darunter auch der Truppen, die

angenommen worden, hätte der Kreml die Möglichkeit erhalten, alle Gegenvorkehrungen der NATO durch in die Länge gezogene Gespräche beliebig hinauszuzögern, ohne seinerseits Beschränkungen unterworfen zu sein. Die sowjetische Seite wäre damit in die Lage versetzt worden, durch propagandistische Einflussnahmen auf die westeuropäischen Länder die Schwungkraft der Nachrüstungsmotivation zu brechen und gleichzeitig den Aufwuchs der SS 20 ungebremst fortzusetzen. Auf diese Weise ließe sich die militärische Position der UdSSR gegenüber der NATO laufend verstärken.

### Formulierung der sowjetischen Position

In der zweiten Novemberrhälfte 1979 reiste Gromyko nach Bonn, um die öffentliche Aufmerksamkeit auf den angeblichen Widerspruch zwischen dem offiziellen Bekenntnis des Westens zur Entspannungspolitik und seiner Absicht, westeuropäische Länder „in Startrampen für Nuklearraketen mittlerer Reichweite zu verwandeln“, zu lenken. Beides schließe sich wechselseitig aus. Der sowjetische Außenminister legte Schmidt nahe „zu überprüfen“, wie der vorgesehene NATO-Beschluss „mit der Verpflichtung beider deutscher Staaten zu vereinbaren sei, dafür zu sorgen, dass nie mehr von deutschem Boden Krieg ausgeht“. Es sei geradezu „unverständlich“, dass „sich die Bundesrepublik als Vorreiter betätigt und andere Staaten der NATO unter Druck setzt, dass es in Brüssel zu diesem verhängnisvollen Beschluss kommt“. Die „gegenwärtige Regierung der BRD“ sei offensichtlich von vornherein entschlossen, „dem amerikanischen Wunsch nach der Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen mit atomaren Sprengköpfen zuzustimmen“. Gromyko zeigte auf einer vorbereiteten Karte, welche sowjetischen Gebiete vom atlantischen Bündnis bedroht würden, und wies dabei auch auf die Gefahren hin, die von den britischen und französischen Systemen ausgingen. Das bestehende Gleichgewicht werde zu Ungunsten der UdSSR zerstört. Das löse notwendigerweise größte Sorge in Moskau aus<sup>24</sup>.

Nach dem, wie erwartet, ergebnislosen Gespräch mit dem Bundeskanzler<sup>25</sup> trat der sowjetische Außenminister vor die Presse mit der Erklärung, man habe keine gemeinsame Sprache gefunden, und fügte warnend hinzu, die Zustimmung Bonns zum Plan des westlichen Bündnisses würde die Spannungen in Europa erheblich verschärfen und eine neue, gefährliche Runde des Wettrüstens einleiten. Wie vor ihm Brežnev, erklärte er, die Stationierung der SS 20 sei nichts als ein Routinevorgang. „Einige Regierungen von NATO-Staaten“ suchten jedoch gegenüber der UdSSR „von der Position der Stärke aus“ zu agieren. Ihr Plan, vor

---

auf dem Territorium der DDR stationiert sind“, führen. Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (künftig: SAPMO-BA), DY 30/2378, Bl. 77.

<sup>24</sup> Die Äußerungen Gromykos in: Ebenda, Bl. 139–145, Vermerk über Gespräch Honecker – Gromyko [in Ost-Berlin], 4. 12. 1979, (Zitate am Anfang), seine Aussagen in: Ebenda, DY 30/11732, Stenografische Niederschrift des Empfangs des Komitees der Außenminister der anderen Warschauer-Pakt-Staaten im Amtssitz des DDR-Staatsrats, 6. 12. 1979, o. Bl. (Zitate S. 13–20 des Dokuments).

<sup>25</sup> Vgl. Helmut Schmidt, *Menschen und Mächte*, München 1988, S. 104 f.



allen Verhandlungen mit der Produktion und Dislozierung von Mittelstreckenraketen zu beginnen, würde die Grundlage für diplomatische Gespräche zerstören<sup>26</sup>.

Im Kreise seiner östlichen Kollegen führte der Außenminister aus, wenn die NATO ihren Beschluss über die Produktion und die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen fasse, dann wolle sie damit auch Ernst machen. Mithin könne man darüber nicht mehr verhandeln. Bei Gesprächen würde es nur noch um Forderungen an die sowjetische Adresse gehen. „Was für Verhandlungen sind das denn? Wollen wir uns damit in die Lage des Angeklagten bringen lassen?“ Nur wenn das westliche Bündnis auf den Beschluss verzichte, seien „ehrliche Verhandlungen“ möglich. Die NATO hätte sich dann noch nicht „verbarriadiert“, und man sei wechselseitig frei, Vorschläge zu unterbreiten. Eine Bereitschaft dazu sei freilich auf westlicher Seite nicht zu erwarten. Gromyko forderte daher, außer der UdSSR müssten auch die anderen sozialistischen Staaten „ein klares Wort zur Verurteilung“ der Pläne sagen. Die Aussichten für die in Moskau beabsichtigte Kampagne gegen die Nachrüstung der NATO seien vor allem auch in der Bundesrepublik als dem entscheidenden Stationierungsland günstig. Nicht nur der SPD-Vorsitzende Willy Brandt und zahlreiche einflussreiche Sozialdemokraten, sondern auch, wie er zur Erheiterung seiner Zuhörer ausführte, die maßgeblichen Bischöfe der Evangelischen Kirche in den zwei deutschen Staaten stimmten mit der UdSSR überein und erklärten, die angestrebte NATO-Stationierung wäre eine Katastrophe und ein Schlag gegen die Entspannungspolitik<sup>27</sup>.

Der Appell an die Verbündeten, sich mit der sowjetischen Position voll zu identifizieren, hatte einen konkreten Grund. Die besonders wichtige Gefolgschaft der DDR war unsicher, weil das SED-Regime dringend der materiellen Hilfe bedurfte, mit der die Bundesregierung dessen partiellen Verzicht auf kontakt- und kommunikationsfeindliche Maßnahmen im geteilten Deutschland honorierte. Erich Honecker wollte sich nicht in einen Gegensatz zu Bonn drängen lassen, der diese Unterstützung in Frage stellte. Um diese Gefahr abzuwenden, hatte er ein Gespräch mit Schmidt noch vor dem westlichen Beschluss verabredet, auf dem beide einen Ausweg aus dem drohenden Konflikt zu finden hofften<sup>28</sup>. Das wollte die sowjetische Führung verhindern. Gromyko hielt dem ostdeutschen Parteichef vor, das Treffen würde vom westlichen Gegner dazu „ausgenutzt werden können, um die Reaktion der öffentlichen Meinung, gewisser Kreise in der BRD, die eine negative Haltung zu den NATO-Plänen über die Stationierung der Nuklearraketen in Westeuropa einnehmen, abzuschwächen“. Damit würde dann der Eindruck erweckt, als sei es der UdSSR und den anderen sozialistischen Staaten nicht Ernst mit ihrer Ablehnung. Ein solches Treffen zum gegenwärtigen Zeitpunkt wäre

<sup>26</sup> Vgl. Press-konferencija A. A. Gromyko v Bonne (23. 11. 1979), in: Izvestija vom 25. 11. 1979.

<sup>27</sup> Stenografische Niederschrift des Empfangs des Komitees der Außenminister der anderen Warschauer-Pakt-Staaten im Amtssitz des DDR-Staatsrats, 6. 12. 1979, in: SAPMO-BA, DY 30/11732, o. Bl. (S. 4–7 u. S. 21 f.).

<sup>28</sup> Vgl. Hermann Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen. Die DDR im internationalen System 1949–1989, München 2007, S. 408 f.

daher „ein großes Geschenk für die andere Seite“<sup>29</sup>. Aus der Sicht des Kreml war jede Andeutung, ein Kompromiss lasse sich vielleicht vereinbaren, eine unerwünschte Störung beim Aufbau der Widerstandsfront gegen die westliche Nachrüstung.

Gromyko machte weiterhin klar, dass die Politik Ost-Berlins gegenüber Bonn in Moskau generell missfiel. Die DDR habe zwar einige Maßnahmen zur „Verengung der Kanäle des Eindringens der BRD“ getroffen, indem sie Restriktionen für die Tätigkeit westdeutscher Journalisten, für den Aufenthalt von Besuchern aus der Bundesrepublik und für die Benutzung der D-Mark verfügt habe, aber das reiche nicht aus. Insgesamt müsse gelten, dass alles, was den Verkehr über die innerdeutsche Grenze einschränke, als positiv anzusehen sei, während sich dessen Vermehrung negativ auswirke. Angesichts des breiten Besucherstroms aus dem Westen stelle sich die Frage, ob es nicht richtig wäre, „das Entwicklungstempo der Beziehungen mit der BRD etwas zu verlangsamen“. „Übertreibungen“ müssten verhindert werden. Honecker solle dem Kreml seine Überlegungen dazu mitteilen. Die UdSSR sei zu Konsultationen darüber und zu Hilfe „mit Rat und Tat“ bereit. Es sei nötig, „sich den Bonner Versuchen entgegenzustellen, die Entwicklung in ein gesamtdeutsches Flussbett zu leiten“. Die Pauschalzahlungen der Bundesregierung brächten der DDR zwar materielle Vorteile, stimulierten aber die politisch schädlichen Westreisen<sup>30</sup>. Gromyko gelang es zwar, Honecker von dem vorgesehenen Treffen mit Schmidt abzuhalten, doch konnte er ihn nicht von seiner generellen Haltung gegenüber der Bundesrepublik abbringen.

### Einleitung einer Kampagne

Nach sowjetischer Einschätzung war nicht zu erwarten, dass die westlichen Regierungen von sich aus nachgaben oder Uneinigkeit zeigten. Wie Ustinov betonte, war es aber propagandistisch erforderlich, Appelle an sie zu richten<sup>31</sup>. Im Blick auf den Einfluss, den der Kreml über die Öffentlichkeit zu nehmen hoffte, wies das ZK-Sekretariat bereits nach der Brežnev-Rede vom Oktober die Parteipresse und den Rundfunk der UdSSR an, die Forderungen nach „militärischen Entspannung“ zur Leitlinie einer erneuten Kampagne zu machen<sup>32</sup>. Zum 12. Dezember berief das Politbüro eine Allunionskonferenz ein, auf der die leitenden Medienkader nähere Anweisungen erhielten<sup>33</sup>. Die daraufhin formulierten Stellungnahmen der Nachrichtenagentur TASS und der Parteizeitung „Pravda“ wurden zur

<sup>29</sup> Gespräch Honecker – Gromyko, 4. 12. 1979, in: SAPMO-BA, DY 30/2378, Bl. 153–159.

<sup>30</sup> Ebenda, Bl. 159–163.

<sup>31</sup> Ausführungen von Ustinov auf der Sitzung des Militärrates des Warschauer Pakts am 3.–6. 12. 1979, erwähnt bei Ploetz, *Wie die Sowjetunion den Kalten Krieg verlor*, S. 108.

<sup>32</sup> O propagandistskich meroprijatijach v svjazi s dopolnitel'nymi voenno-političeskimi merami po ograničeniju gonki vooruženij v Evropi (Auszug aus Protokoll Nr. 179 des ZK-Sekretariats), 8. 10. 1979, in: Russisches Staatsarchiv für neueste Geschichte Moskau (künftig: RGANI), fond 89, opis' 31, delo 19, Bl. 1 f.

<sup>33</sup> O provedenii Vsesojuznoj konferencii stornnikov mira (Auszug aus Protokoll Nr. 185 des ZK-Sekretariats), 29. 11. 1979, in: Ebenda, f. 89, op. 31, d. 23, o. Bl.

Richtschnur für die Publizistik in den Gefolgschaftsstaaten und die Medien der abhängigen Organisationen im westlichen Ausland. Zur Unterstützung der Agitation in Westeuropa stellte die UdSSR den Volksdemokratien und vor allem der DDR erhebliche finanzielle Mittel zur Verfügung<sup>34</sup>. Den Instruktionen aus Moskau zufolge war die Notwendigkeit einer „militärischen Entspannung“ in den Vordergrund zu stellen. Spitzenfunktionäre des ZK-Apparats erklärten dem westdeutschen Publikum, eine „Destabilisierung“ des „bestehenden Gleichgewichts“ durch Raketen der USA, die aus Stellungen in Westeuropa in kurzer Zeit sowjetische Ziele erreichen könnten, müsse verhindert werden<sup>35</sup>.

Die Internationale Abteilung bereitet ein „Europäisches Forum für Abrüstung und Sicherheit“ in Brüssel vor, um die westliche Öffentlichkeit gegen das „imperialistische Wettrüsten“ ihrer Regierungen, vor allem aber gegen die „Einführung der eurostrategischen Waffen“, zu mobilisieren<sup>36</sup>. Am 13. Dezember wies man auf einer Geheimtagung im ungarischen Tihany die Delegierten von 28 kommunistischen Parteien an, taktische Bündnisse mit Sozialdemokraten im Westen einzugehen, um, wie freilich nicht offen zugegeben werden sollte, mit ihrer Hilfe die NATO zu unterminieren und zu beseitigen<sup>37</sup>. Fünf Tage später erklärte ein leitender Funktionär der Internationalen Abteilung, Leonid Zamjatin, auf einer Sitzung des Weltfriedensrats den Vertretern von 39 „Frontorganisationen“ aus 35 Ländern, die Stationierung amerikanischer Raketen in Westeuropa dürfe nicht zugelassen werden. Es wurde dazu aufgerufen, „1980 zum Jahr der Massenaktion gegen das imperialistische Wettrüsten und für militärische Entspannung“ zu machen unter der Parole: „Handelt jetzt: Beseitigt die Gefahr neuer US-Raketen!“<sup>38</sup>

Die Kremelführung setzte im sich abzeichnenden Konflikt mit der NATO von vornherein nicht auf Verhandlungen, sondern auf die Mobilisierung der Öffentlichkeit in den westlichen Ländern. Ein Verzicht auf die SS 20 kam für die sowjetischen Politiker nicht in Betracht. Diese Entschlossenheit wurde noch durch die Empörung über die Wirtschaftssanktionen und den Olympiade-Boykott verstärkt, zu denen Carter seine Verbündeten nach der sowjetischen Militärintervention in Afghanistan veranlasste. In Moskau interpretierte man diese Schritte als Ausdruck

<sup>34</sup> Vgl. die Angaben zu den Dokumenten 1290 und 1291 in: Archivy Kremlja i Staroj Ploščadi. Dokumenty po „Delu KPSS“, Novosibirsk 1995, S. 112.

<sup>35</sup> So etwa „Unsere Raketen zielen nicht auf Bonn“. Die sowjetischen Westpolitiker Sagladin und Falin über Breschnews Abrüstungsofferte, in: Der Spiegel vom 5. 11. 1979, S. 38, S. 40, S. 42, S. 45, S. 47, S. 49, S. 52, S. 54, S. 56, S. 58, S. 61 u. S. 63.

<sup>36</sup> Vgl. Ploetz/Müller, Ferngelenkte Friedensbewegung?, S. 203 f.

<sup>37</sup> Vgl. Sowjetische Friedenskampagne in Europa, in: IPZ-Informationen (Organ, dessen Angaben auf Erkenntnissen westlicher Aufklärungsdienste beruhte), Nr. K/9 (Dezember 1982), S. 77. Die Zielangabe wird bestätigt durch eine Stellungnahme des sowjetischen KPdSU-Spitzenfunktionärs Vadim Sagladin in: Der Spiegel vom 8. 6. 1981, S. 119.

<sup>38</sup> Vgl. Gerd Prokot, Den entspannungsfeindlichen Kräften gilt es eine Abfuhr zu erteilen, in: Neues Deutschland vom 19. 12. 1979; Günter Drefahl (Präsident des Friedensrates der DDR), Koordinierte Aktionen der Völker gegen den NATO-Konfrontationskurs, in: Horizont vom 28. 1. 1980.

prinzipieller Feindseligkeit<sup>39</sup>. Zugleich sah sich die Führung der UdSSR seit langem in einer Position der Stärke. Auf dem europäischen Schauplatz sei der Westen militärisch im Nachteil, in der Dritten Welt befinde er sich auf dem Rückzug<sup>40</sup>. Es gelte, das bestehende Übergewicht durch weiteren Druck noch mehr zu verstärken. Die verbreitete Neigung der westlichen Öffentlichkeit, Waffen als friedensbedrohend zu verurteilen, nährte die Hoffnung, man könne die Regierungen der NATO-Staaten durch Abrüstungskampagnen in die Enge treiben. Das war nicht einmal unrealistisch. Der amerikanische Präsident galt als schwacher Mann, der bei auftretenden Widerständen einknickte, und Schmidt, dessen Land von zentraler Bedeutung war, hatte mit innenpolitischen Schwierigkeiten zu rechnen. Der Bundeskanzler hatte seine Sorge nochmals mit der Erklärung bekundet, er sei zum Verzicht auf die Nachrüstung bereit, wenn die UdSSR den weiteren Aufwuchs der SS 20 stoppe<sup>41</sup>. Das wäre auf ein sowjetisches Monopol von ca. 120 Startgeräten mit 360 Raketen der ersten Salve hinausgelaufen.

### Reaktionen auf den NATO-Doppelbeschluss

Am 12. Dezember 1979 fasste der NATO-Rat den Doppelbeschluss. Daraufhin ließ der Kreml durch TASS verlautbaren, die Grundlage für Gespräche über Mittelstreckenwaffen sei zerstört<sup>42</sup>. Am 1. Februar 1980 ging das Politbüro in die propagandistische Offensive mit der Erklärung, die UdSSR beantworte die Konfrontationspolitik der NATO mit Zurückhaltung, um die Lage zu entspannen. Zwar drohe Gefahr, dennoch trete sie weiter „ernsthaft, verantwortungsvoll und beharrlich für die Prinzipien der friedlichen Koexistenz“ ein und bemühe sich um die „Entwicklung normaler, von gegenseitigem Nutzen bestimmter Beziehungen“, um so aufrechtzuerhalten, „was durch den Entspannungsprozess erreicht wurde“. Die sowjetische Führung beabsichtige „in dieser schwierigen Lage“ nicht, „Gleiches mit Gleichem zu vergelten“, sondern werde „auch in Zukunft ein Maximum an Ruhe und Besonnenheit an den Tag legen“. Sie ergreife „alle erforderlichen Maßnahmen“, um sich keine „Konfrontation“ von der Carter-Administration „aufzwingen“ zu lassen und um zu verhindern, dass „die Ergebnisse der Entspannungspolitik annulliert“ würden<sup>43</sup>.

In der nun beginnenden Kampagne wurde auf „antiimperialistische“ Bündnisse mit Sozialdemokraten besonderer Wert gelegt. Diese galten zwar nach wie vor als Feinde im „internationalen Klassenkampf“, die man langfristig bekämpfen

<sup>39</sup> Näheres bei Savelyev/Detinov, *The Big Five*, S. 56; Brežnev gegenüber Honecker, 27. 7. 1979, in: Hertle/Jarusch, *Risse im Bruderbund*, S. 169 f.; Anatoly Dobrynin, *In Confidence. Moscow's Ambassador to America's Six Cold War Presidents (1962–1986)*, New York 1995, S. 455–457.

<sup>40</sup> Vgl. die Ausführungen Brežnevs auf der Tagung des Warschauer Pakts in Moskau, 22. 11. 1978, in: Mastny/Byrne (Hrsg.), *A Cardboard Castle?*, S. 418–421.

<sup>41</sup> Schmidt vor den Bundestagsabgeordneten der SPD, 13. 11. 1979, in: *Stichworte zur Sicherheitspolitik* (hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung), 12/1979, S. 7.

<sup>42</sup> Vgl. Text in: *Pravda* vom 15. 12. 1979.

<sup>43</sup> Zit. nach Bukowski, *Abrechnung mit Moskau*, S. 414.

müsse, doch aktuell hatte ein anderes Ziel Vorrang: Durch ihre Beteiligung sollte die Anti-Raketen-Bewegung im Westen vom Ruch einer kommunistischen Unternehmung befreit werden. Deshalb schien statt ideologisch begründeter Gegnerschaft vorerst eine gemeinsame „Verteidigung des Friedens“ notwendig<sup>44</sup>. Die Kader im In- und Ausland erhielten in einem internen Informationsbulletin entsprechende Anweisungen<sup>45</sup>. Am 4. April 1980 erteilte das Sekretariat des ZK sogar den Medizinern der UdSSR unter Leitung von Brežnevs Leibarzt Jevgenij Čazov den Auftrag, zusammen mit Kollegen im Westen den Kampf gegen das Stationierungsvorhaben der NATO aufzunehmen<sup>46</sup>. Dieser Berufsorganisation, die man zur Unterstützung des Propagandafeldzugs instrumentalisierte, folgten bald weitere, etwa die „Generäle für den Frieden“. Mitte April beschloss das Parteisekretariat ein detailliertes Programm zur Mobilisierung der westlichen Öffentlichkeit<sup>47</sup>. Es veranstaltete auch Treffen mit den osteuropäischen Kommunisten zur Koordination der Propaganda im Westen<sup>48</sup> und bewog den Weltfriedensrat zur Einberufung eines „Weltparlaments der Völker für den Frieden“ nach Sofia vom 23. bis 27. September 1980, um möglichst viele gesellschaftliche Gruppen des Auslands für den Kampf gegen die westlichen Raketen zu gewinnen<sup>49</sup>.

Auswärtige „Bruderparteien“ und ihre Filialorganisationen wurden in großem Umfang mit Geld und Instruktionen aus der UdSSR versorgt<sup>50</sup>. Die Kader in der Bundesrepublik, politisch und finanziell eng an die DDR gebunden, waren dabei besonders wichtig<sup>51</sup>. Die Erfolgsaussichten in den einzelnen Ländern waren von Anfang an unterschiedlich. In Frankreich und Italien war wenig zu bewirken,

<sup>44</sup> Vgl. Ploetz, *Wie die Sowjetunion den Kalten Krieg verlor*, S. 209–212.

<sup>45</sup> O porjadke izdanija zakrytogo „Informacionnogo bjulletenja CK KPSS (po meždunarodnym delam)“ (Auszug aus Protokoll Nr. 201 des ZK-Sekretariats), 12. 3. 1980, in: RGANI, f. 89, op. 31, d. 35, o. Bl.

<sup>46</sup> Vgl. die Angaben zu Dokument 1371, in: Archivy Kremlja, S. 118.

<sup>47</sup> O dopolnitel'nych meroprijatijach po aktivizacii vystuplenij obščestvennosti protiv rešenija NATO o proizvodste i razmeščeenii novych amerikanskich raket v Zapdanoj Evrope, 15. 4. 1979, in: RGANI, f. 89, op. 31, d. 46, Bl. 206 f. Angaben zu Dokument 1384 in: Archivy Kremlja, S. 119.

<sup>48</sup> So auf Treffen in Budapest am 6./7. 5. 1980 und am 15./16. 7. 1980: O provodenii vstreči sekretarej CK bratskich partij po meždunarodnym voprosam (Auszug aus Protokoll Nr. 214 des ZK-Sekretariats), 9. 4. 1980, in: RGANI, f. 89, op. 31, d. 39, o. Bl.; vgl. Ausführungen Šapošnikovs, 6. 5. 1980, in: Ploetz, *Wie die Sowjetunion den Kalten Krieg verlor*, S. 215; Ausführungen Boris Ponomarëvs, 15. 7. 1980, in: Ebenda, S. 217–220. Vom Vorhaben eines weiteren Treffens ist in einem Brief des sowjetischen Parteiapparats an den Internationalen Sekretär des ZK der SED, H. Axen, 21. 5. 1980, die Rede (Angaben zu Dokument 1408, in: Archivy Kremlja, S. 121).

<sup>49</sup> Bericht an das Politbüro der SED über das Weltparlament der Völker für den Frieden vom 23.–27. 9. 1980, in: Ploetz/Müller, *Ferngelenkte Friedensbewegung?*, S. 221 f.; Beschluss über ein Aktionsprogramm, in: Bukowski, *Abrechnung mit Moskau*, S. 437–440. Zu den Vorbereitungen: Postanovlenie Sekretariata KPSS, 8. 8. 1980, in: RGANI, f. 89, op. 39, d. 14-11s, o. Bl.; Angaben zu Dokument 1483 und 1485, in: Archivy Kremlja, S. 127; Angaben zu Dokument 1500 und 1502, in: Ebenda, S. 128.

<sup>50</sup> Vgl. die Angaben zu den Dokumenten Nr. 1665, 1666, 1675, 1688, 1706, 1729, 1815, 1821, 1822, 1824, 1825, 1826, 1869, 1870 u. 1912, in: Ebenda, S. 144, S. 145, S. 147, S. 153, S. 154, S. 157 u. S. 160, sowie Bukowski, *Abrechnung mit Moskau*, S. 438–440, S. 443–446 u. S. 449–452.

<sup>51</sup> Näheres bei Udo Baron, *Kalter Krieg und heisser Frieden. Der Einfluss der SED und ihrer westdeutschen Verbündeten auf die Partei „Die Grünen“*, Münster 2003, S. 37–133.

weil dort die starken und selbstbewussten kommunistischen Parteien der sowjetischen Generallinie kritisch gegenüberstanden und daher ihre Mitglieder nicht zur Teilnahme an der Kampagne verpflichteten. Mithin fehlten dem Kreml weiterhin die Ausführungsorgane vor Ort<sup>52</sup>. In den Niederlanden war hingegen die antinukleare Propaganda schon im Vorjahr äußerst wirksam gewesen<sup>53</sup>. Das Raketenvorhaben der NATO rief in weiten, vor allem auch kirchlichen Kreisen heftige Ablehnung hervor. In Großbritannien kam es zu etwas schwächeren Protesten<sup>54</sup>. Die westdeutsche Anti-Kernwaffen-Bewegung hatte sich aus der Sicht des Kreml als unzulänglich erwiesen, da sie 1978 Schmidts Zustimmung zur Neutronenwaffe nicht verhindert hatte<sup>55</sup>. Um ihrem „Friedenskampf“ neue Impulse zu geben, lud die KPdSU Vertreter der vorgeblich unabhängigen, in Wirklichkeit mit der DKP verbundenen Deutschen Friedens-Union (DFU) ein und gab ihnen vom 29. Januar bis 4. Februar 1980 genaue Instruktionen<sup>56</sup>. Nach Erkenntnissen westlicher Geheimdienste koordinierte die Residentur des KGB an der Botschaft in Den Haag die sowjetisch inspirierten Aktionen in den westeuropäischen Ländern<sup>57</sup>.

### Anlaufen der Kampagne in der Bundesrepublik

DKP und DFU bereiteten zusammen mit dem kommunistisch gelenkten Komitee für Abrüstung und Zusammenarbeit (KOFAZ) und der früheren KPD-Ersatzorganisation Bund der Deutschen (BdD) eine Tagung in Krefeld vor. Als Initiatoren des inhaltlich zuvor festgelegten Appells an die Öffentlichkeit wurden Personen

<sup>52</sup> Vgl. Honecker im Gespräch mit Brežnev, 25. 7. 1978, in: Hertle/Jaraus (Hrsg.), Risse im Bruderbund, S. 157; Einschätzung auf der Tagung der osteuropäischen ZK-Sekretäre in Moskau, 26. 2. 1980, laut Bericht von Gyula Horn und András Gyenes (in engl. Übersetzung), 29. 2. 1980, [http://www.wilsoncenter.org/index.cfm?topic\\_id=1409&fuseaction=va2.document&i](http://www.wilsoncenter.org/index.cfm?topic_id=1409&fuseaction=va2.document&i); Äußerungen von Vitalij Šapošnikov im Kreise der stell. Leiter der Internationalen Abteilungen der kommunistischen Parteien Osteuropas, 6. 5. 1980, wiedergegeben in: Ploetz/Müller, Ferngelenkte Friedensbewegung?, S. 214 f.; Gespräch Jurij Andropov – Georges Marchais, 25. 7. 1983, in: Ebenda, S. 155 f.; Gespräch von Enrico Berlinguer mit Honecker im Dezember 1983, in: Michael Ploetz, Honeckers Siegeszuversicht, in: Deutschland Archiv 31 (1998), H. 6, S. 55 f.

<sup>53</sup> Vgl. Hans-Peter Müller, Die Friedensbewegung im politischen Kalkül der sowjetischen Außenpolitik 1977–1979, in: Maruhn/Wilke, Raketenpoker um Europa, S. 84–116, hier S. 96–98.

<sup>54</sup> Die sowjetische Seite brachte dies zum Ausdruck etwa auf der Tagung der osteuropäischen ZK-Sekretäre in Moskau, 26. 2. 1980, siehe den Bericht von Gyula Horn und András Gyenes (in engl. Übersetzung), 29. 2. 1980, [http://www.wilsoncenter.org/index.cfm?topic\\_id=1409&fuseaction=va2.document&i](http://www.wilsoncenter.org/index.cfm?topic_id=1409&fuseaction=va2.document&i).

<sup>55</sup> Vgl. Rudolf van Hüllen, Der „Krefelder Appell“, in: Maruhn/Wilke (Hrsg.), Raketenpoker um Europa, S. 216–253, hier S. 216.

<sup>56</sup> Vgl. ebenda, S. 221; Drucksache 9/466, Deutscher Bundestag, 9. Wahlperiode, 22. 5. 1981, Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage, S. 2. Zur operativen und finanziellen Abhängigkeit der DKP und ihrer Hilfsorganisationen von Moskau und Ost-Berlin vgl. Michael Roik, Die DKP und die demokratischen Parteien 1968–1984, Paderborn 2006, S. 73–96.

<sup>57</sup> Vgl. „Lenkung von Den Haag aus“, in: Deutsche Tagespost (Würzburg) vom 12. 8. 1981. Der Artikel enthält auch Angaben zu den agierenden Personen.



präsentiert, die scheinbar aus allen politischen Lagern kamen, tatsächlich aber mit der DKP verbunden waren oder doch mehrfach ihre Aktionen unterstützt hatten. Dem BdD-Vorsitzenden und früheren Wehrmacht-Oberst Josef Weber, der vermutlich einen direkten Draht nach Moskau hatte und die Fäden hinter den Kulissen zog<sup>58</sup>, gelang es, zur Beglaubigung der vorgeblichen Unabhängigkeit zwei führende Politiker der Grünen, Petra Kelly und Generalmajor a. D. Gert Bastian, als Mitunterzeichner zu gewinnen, indem er ihnen das Gefühl gab, die Formulierung des Aufrufs wesentlich zu bestimmen. Das „Krefelder Forum“ fand am 15. Dezember 1980 mit sorgfältig ausgewählten Teilnehmern statt. Als Koordinierungsorgan setzte man eine „Krefelder Initiative“ ein und verabschiedete einen „Krefelder Appell“, der zur Grundlage der nun folgenden massiven Kampagne wurde<sup>59</sup>.

Der Aufruf „Der Atomtod bedroht uns alle – keine Atomraketen für Europa!“ fand größte Resonanz in der Öffentlichkeit. Ein „Bielefelder Appell“ folgte, um auch jene Sozialdemokraten und Rüstungsgegner, die ihre Unterschrift einem mit kommunistischer Beteiligung zustande gekommenen Dokument verweigerten, ebenfalls zum Mitmachen zu bewegen<sup>60</sup>. Es kam zu einer beispiellosen Massenmobilisierung. Zur Wirksamkeit der Propaganda trug wesentlich bei, dass die aktuelle Rüstungsentwicklung den langjährigen sowjetischen Vorwurf gegen die USA zu bekräftigen schien, diese würden einen auf fremdes Territorium begrenzten Nuklearkrieg vorbereiten<sup>61</sup>. Voraussetzung dafür sei ihre Fähigkeit zum vernichtenden Kernwaffenschlag gegen die UdSSR mit Hilfe ihrer Mittelstreckenraketenysteme. Westeuropa, vor allem aber die Bundesrepublik, würden total zerstört werden, während sich die Amerikaner aus dem Konflikt heraushalten und keinen Schaden erleiden würden. Mit der physischen Ausschaltung der Sowjetunion wollten sie ihre Weltherrschaftspläne verwirklichen. Die NATO-Raketen

<sup>58</sup> Josef Weber bestimmte die Ausrichtung der prosowjetischen Kräfte in der Friedensbewegung, entschied über die Verwendung der kommunistischen Ressourcen und erhielt 1985 den Internationalen Lenin-Friedenspreis der UdSSR. Vgl. Werner Kahle, Moskauer Organisator, in: Die Welt vom 4. 5. 1985.

<sup>59</sup> Vgl. van Hüllen, Der „Krefelder Appell“, in: Maruhn/Wilke, Raketenpoker um Europa, S. 216–253; Udo Baron, Das KOFAZ, die „Grünen“ und die DKP in der Friedenskampagne, in: Ebenda, S. 198–215, hier S. 202–215; Michael Ploetz, Die Rolle des DDR-„Friedensrates“ in der SED-Kampagne, in: Ebenda, S. 254–269, hier S. 261–263; Gottfried Linn, Die Kampagne gegen die NATO-Nachrüstung. Zur Rolle der DKP, Bonn 1983, S. 76–78; Gerhard Wettig, High Road – Low Road. Diplomacy and Public Action in Soviet Foreign Policy, Washington/DC 1999, S. 88–93.

<sup>60</sup> Vgl. Ploetz, Die Rolle des DDR-„Friedensrates“, in: Maruhn/Wilke, Raketenpoker um Europa, S. 254–269, hier S. 263; van Hüllen, Der „Krefelder Appell“, in: Ebenda, S. 245.

<sup>61</sup> Vgl. Meždunarodnoe kommunističeskoe dviženie pod obščej redakcij V. V. Zagladina, Moskau 1970, S. 114 [Ausarbeitung auf der Grundlage der Beschlüsse der Konferenz der kommunistischen Parteien in Moskau vom Juni 1969, Inhalt: Beurteilung der internationalen Situation unter dem Aspekt des „Klassenkampfes“ gegen den Westen und im Blick auf die Erringung des weltweiten Sieges des Sozialismus]; V. V. Žurkin, Strategija SŠA v meždunarodno-političeskich krizisach – evoljucija doktrin, mehanizma, vnesepolitičeskoj praktiki, Avtoferat dissertacii, Akademija Nauk SSSR, IMEMO, Moskau 1975, S. 12, S. 36 f. u. S. 46 f.; G. A. Trofimenko, SŠA, Moskau 1976, S. 91–96 u. S. 314–333.

seien daher für die Länder, in denen sie stationiert würden, nichts anderes als „Untergangsmagneten“<sup>62</sup>.

Die Entscheidungen der Anti-Raketen-Bewegung wurden wesentlich von der Forderung der DKP-, DFU-, BdD- und KOFAZ-Funktionäre bestimmt, alles Trennende müsse beiseite bleiben, damit man die Abrüstung gemeinsam voranbringen könne. Jede „Spaltung“ sei zu vermeiden, der „Minimalkonsens“ zu wahren. Der Kampf sei allein gegen die NATO-Raketen zu richten. Strittige Themen wie SS 20, Afghanistan oder Solidarność hätten außen vor zu bleiben. Die aus K-Gruppen hervorgegangenen Ökosozialisten machten sich, unterstützt von Agenten der DDR-Staatssicherheit, die bei den Grünen in wichtige Positionen gelangt waren, gegenüber den Pazifisten zu Anwälten dieses Standpunkts. Zudem verfügten Weber und seine Leute noch über andere Mittel: Sie konnten den – oft mit keinerlei organisatorischem Rückhalt ausgestatteten – Protestierern die benötigten Finanzen und Dienstleistungen entweder gewähren oder verweigern. Durch diese aparte Kombination von Argumenten und Ressourcen war es ihnen möglich, ihre Linie auch gegen starken Widerstand durchzusetzen, solange man glaube, die amerikanischen Raketen verhindern und damit ein Ende des „Wettrüstens“ herbeiführen zu können<sup>63</sup>.

### Verhandlungen mit Bundeskanzler Schmidt

Mitte 1980 versuchte Schmidt nochmals, die sowjetische Führung für einen Kompromiss zu gewinnen. Bevor er am 30. Juni in die sowjetische Hauptstadt aufbrach, übermittelte er Brežnev über Botschafter Vladimir Semënov eine Punktion: Er wolle über die Mittelstreckenraketen sprechen. Das könne er zwar nur im Namen des eigenen Landes, doch solle dies auf den Grundlagen geschehen, die er mit Carter und anderen Regierungschefs erörtert habe. Er betonte, die Bundesrepublik werde, wer immer sie politisch führe, an der Linie des atlantischen Bündnisses und am Grundsatz des militärischen Gleichgewichts festhalten. Ihre Haltung zur Raketenfrage werde sich keinesfalls ändern. Er, Schmidt, suche die politische Verständigung und die wirtschaftliche Kooperation mit der UdSSR und wolle der beiderseitigen Zusammenarbeit über seine und Brežnevs Regierungszeit hinaus Dauer verleihen. Deshalb sei ihm daran gelegen, den Standpunkt seines Landes in Moskau zu erläutern<sup>64</sup>.

Bei der Verhandlung vom 30. Juni äußerte sich der KPdSU-Generalsekretär zunächst zur Weltpolitik. Er warnte den Bundeskanzler vor einer Politik der

<sup>62</sup> Vgl. D. Ustinov, *Otstojať mir*, in: Pravda vom 22. 6. 1981; Das sowjetische Komitee für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit/Wissenschaftlicher Rat zur Erforschung der Friedens- und Abrüstungsprobleme (Hrsg.), *Europa in Gefahr*, Moskau 1981; *Von wo geht die Gefahr für den Frieden aus?*, Moskau 1982.

<sup>63</sup> Näheres bei Baron, *Kalter Krieg und heisser Frieden*, S. 93–99; Wettig, *High Road*, S. 93–98; Hubertus Knabe, *MfS und Friedensbewegung*, in: Maruhn/Wilke, *Raketenpoker um Europa*, S. 298–325; Hubertus Knabe, *Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen*, München 2001, S. 246–250; Ders., *Die Täter sind unter uns*, Berlin 2007, S. 135.

<sup>64</sup> Vgl. Schmidt, *Menschen und Mächte*, S. 108 f.

Stärke, welche die UdSSR niemandem gestatte, und schloss mit dem Hinweis, die gemeinsame Deklaration von 1978<sup>65</sup>, einem Bekenntnis zu Entspannung, Zusammenarbeit und Abrüstung, diene der sowjetischen Seite als Orientierung für die weitere Zusammenarbeit. „Wir sind dafür, dass man sich daran hält.“ Auch Schmidt verstand diese Deklaration als „feste Grundlage“ der bilateralen Beziehungen, betonte aber die „feste Einbindung“ der Bundesrepublik in die NATO und die Europäische Gemeinschaft. Das enge Verhältnis zwischen Westeuropa und den USA sei unverzichtbar, und die Bundesrepublik wolle auch künftig zur Aufrechterhaltung des Gleichgewichts ihren militärischen Beitrag leisten. Als Brežnev unterbrach, was das heißen solle, wiederholte Schmidt sein Bekenntnis zur Allianz und zum Engagement für das militärische Gleichgewicht und ließ sich auch durch den Einwurf, Verteidigung setze einen Gegner voraus (der, so war unausgesprochen gemeint, die zum Kooperationspartner erklärte UdSSR doch nicht sein könne), nicht davon abbringen. Schmidts Hinweis auf die 1978 gemeinsam beschworene „Gleichheit der Sicherheit und die ungefähre Gleichheit der militärischen Potentiale“, konterte Brežnev mit der Bemerkung, dem hätten unterschiedliche Ansichten zugrunde gelegen<sup>66</sup>. Schmidts in Carters Auftrag gestellte Frage, ob die Sowjetunion bereit sei, schon vor der Ratifizierung von SALT II in vorbereitende Gespräche über SALT III und damit die Euroraketen einzutreten, bejahte Brežnev spontan, woraufhin ihm Gromyko Einwände zuflüsterte<sup>67</sup>.

Schon am folgenden Tag widerrief Brežnev seine Zustimmung und verurteilte den Doppelbeschluss der NATO, deren Verhandlungsofferte er ignorierte, als Versuch, das militärische Gleichgewicht zu beseitigen. Er warf dem Bundeskanzler vor, seine Regierung habe den Weg dafür freigemacht. Dabei sei es dem Westen vor allem um Vergrößerung seines nuklearen Arsenalen gegangen. Zur Rechtfertigung habe man die Sache mit der SS 20 aufgebauscht, die doch nur ältere Raketen ersetze und keine neue Lage schaffe. Die Zahl der Sprengköpfe werde sogar verringert. Nach wie vor gäbe es ein „ungefähres militärisches Gleichgewicht“. Die UdSSR strebe keine militärische Überlegenheit an und besitze keine Erstschlagsfähigkeit. Seien sich denn die Führer der europäischen NATO-Staaten der fatalen Folgen der geplanten Raketenstationierung überhaupt bewusst? Auf sowjetischer Seite sehe man darin „eine Art strategischer Angriffs-

<sup>65</sup> Gemeinsame Deklaration zur Friedenssicherung, Entspannung und Abrüstung sowie Rüstungsbegrenzung der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR, 6. 5. 1978, in: Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumente von 1949 bis 1994, hrsg. aus Anlass des 125. Jubiläums des Auswärtigen Amtes, Köln 1995, S. 448–450.

<sup>66</sup> Schmidt machte hier seine Interpretation des damaligen gemeinsamen Kommuniqués geltend. Tatsächlich überdeckten die Formulierungen, zu denen sich die sowjetische Seite widerstrebend bereit gefunden hatte, den fortbestehenden Dissens.

<sup>67</sup> Protokoll über das Gespräch zwischen dem Bundeskanzler und dem Bundesaußenminister und Generalsekretär Breschnew, Ministerpräsident Kossygin und Außenminister Gromyko am 30. Juni 1980 von 17.00 bis 19.40, in: PA-AA, B 150, Aktenkopien 1980, VS-Bd. 13165 (Ref. 213), o. Bl. (S. 1–24, insbes. S. 2, S. 12 u. S. 19 f.). Vgl. Schmidt, Menschen und Mächte, S. 110–112.

rüstung“. Auch suchte er Misstrauen gegenüber der westlichen Führungsmacht zu wecken: Im Unterschied zum exponierten Westeuropa seien die USA jenseits des Ozeans in Sicherheit und hätten von ihrem Streben nach Überlegenheit nichts zu befürchten. Die UdSSR werde „Maßnahmen zur Wiederherstellung des gestörten Gleichgewichts einleiten“, was Schmidt sicher nicht gefallen werde. Sie wende sich „entschieden gegen das Wettrüsten in Europa und anderen Teilen der Welt“.

Brežnev erneuerte den Vorschlag vom Vorjahr, man solle unter Verzicht auf den NATO-Beschluss über die Mittelstreckenraketen verhandeln. Als Alternative bot er an, man könne darüber auch ohne vorherige Ratifizierung von SALT II sprechen. Dabei müssten auch die „vorne stationierten Systeme“ der Amerikaner zur Disposition stehen. Das so Vereinbarte könne freilich erst wirksam werden, wenn die USA zuvor SALT II zugestimmt hätten. Schmidt wollte daraufhin wissen, ob auch die britischen, französischen und chinesischen Systeme einbezogen werden sollten. Gromyko verneinte. Erst bei SALT III, wenn über die Kernwaffen aller Staaten gesprochen werde, würden auch diese zur Diskussion stehen. In seiner Erwiderung betonte der Bundeskanzler, er sei nur Briefträger in beide Richtungen, denn die kernwaffenlose Bundesrepublik könne in diesen Fragen nicht Verhandlungspartner sein. Er sei aber an Fortschritten sehr interessiert, weil sein Land Stationierungsgebiet der amerikanischen Waffen und Zielgebiet der sowjetischen Waffen sei. Auf Nachfrage bestätigte Brežnev, dass USA und UdSSR sofort, ohne vorherige Ratifikation von SALT II, über die Mittelstreckenwaffen sprechen könnten. Dabei müsse man alle Faktoren der strategischen Situation „im organischen Zusammenhang mit den F[orward] B[ased] S[ystems]“, wie Gromyko korrigierend hinzufügte, berücksichtigen. Die Übereinkunft könne dann nach der Billigung von SALT II durch den Senat in Washington in Kraft treten. Die Einbeziehung der „vorne stationierten Systeme“, so meinte Schmidt, bedeute doch wohl, dass auch die SS 4, SS 5, SS 20 und der mit zwei Abstandswaffen<sup>68</sup> ausgestattete Schwere Bomber „Backfire“ zur Erörterung stünden. Die sowjetischen Führer sahen darin einen zusätzlichen Vorschlag, der nicht sofort zu beantworten sei. Nochmals suchte Schmidt sie mit Hilfe eines Kräftevergleichs, der auch qualitative Aspekte berücksichtigte, davon zu überzeugen, dass die nukleare Relation verändert sei. Die Bundesrepublik fühle sich davon bedroht. Er glaube zwar nicht, dass die neuen Waffen zum Gebrauch im Kriege bestimmt seien, fürchte sie aber als Mittel des politischen Drucks. Wozu die UdSSR sie benötige, sei bisher nicht erläutert worden. Er wisse aber, dass Brežnev einen Krieg zutiefst ablehne<sup>69</sup>.

<sup>68</sup> Vorrichtungen zum Abschuss von Luft-Boden-Raketen.

<sup>69</sup> Protokoll über das Gespräch zwischen dem Bundeskanzler und dem Bundesaußenminister und Generalsekretär Breschnew, Ministerpräsident Kossygin und Außenminister Gromyko am 1. Juli 1980 von 11.00 bis 13.20, in: PA-AA, B 150, Aktenkopien 1980, VS-Bd. 13165 (Ref. 213), o. Bl. (S. 1–17). Vgl. Schmidt, Menschen und Mächte, S. 118; Kornienko, Cholodnaja vojna, S. 299 f.; Die geheimen Einzelheiten der Moskauer Gespräche, in: Die Welt vom 7. 7. 1980.

Während eines Essens in größerem Kreis am Abend des 30. Juni wies Schmidt nochmals auf das bestehende militärische Ungleichgewicht hin und betonte zugleich, sein Land wolle nach den Schrecken des letzten Krieges Frieden und Zusammenarbeit. Er schloss mit dem Appell: „Jetzt kommt es darauf an, neue gefährliche Ungleichgewichte zu verhindern, die auch das zwischen uns Erreichte in Frage stellen könnten.“ Diese offenen Worte im Beisein zahlreicher sowjetischer Funktionäre verärgerte die Kremelführung<sup>70</sup>. Bei einem auf seinen Wunsch arrangierten Treffen mit dem Verteidigungsminister und Spitzenmilitärs hob der Bundeskanzler hervor, die westdeutschen Truppen seien dazu bestimmt, auf eigenem Boden „mit geringem räumlichen Aktionsradius“ – also nur defensiv – zu kämpfen. Ustinov äußerte Zweifel und wies auf die Stärke der Bundeswehr hin. Das Fehlen einer Nachschuborganisation habe wenig zu besagen; auch Hitler habe 1941 keine gehabt. Die könne Deutschland schnell aus dem Boden stampfen; die noch fehlenden Panzer ließen sich bei Bedarf rasch produzieren. Er und seine Marschälle hielten daran fest, dass es sich beim Aufwuchs der SS 20 bloß um eine Modernisierung handle. Man müsse daher das derzeitige „Gleichgewicht“ aufrechterhalten und vertraglich fixieren<sup>71</sup>.

Ungeachtet des fortbestehenden Dissenses verließ Schmidt Moskau in optimistischer Erwartung. Die sowjetische Führung habe ihr Nein zu Verhandlungen aufgegeben; damit schien Aussicht auf eine Übereinkunft zu bestehen. Tatsächlich jedoch war Brežnev, wie Semënov als Zeuge der Gespräche notierte, keineswegs zu Entgegenkommen bereit. Er habe nur einen „Schlüssel zu ihren [der Gäste] Seelen“ gefunden und sie dadurch für sich einzunehmen gewusst<sup>72</sup>. Wie wenig er geneigt war, auf Schmidts Anliegen einzugehen, zeigt auch die Äußerung gegenüber dem SED-Generalsekretär Honecker, der Bundeskanzler entferne sich immer mehr von der Entspannung. Daher müsse man mit ihm eine „härtere Sprache“ reden. Das werde, so meinte er, dessen innenpolitische Position „nicht unbedingt schwächen“<sup>73</sup>. Die sowjetische Seite war nicht zu dem kleinsten Entgegenkommen bereit, selbst Brežnevs bloße Andeutung, man könne verhandeln, hatte intern, namentlich bei Gromyko, Widerstand ausgelöst. Nur durch den „persönlichen Einfluss“ des Kremelchefs war dieser zum Einlenken bewogen worden<sup>74</sup>.

<sup>70</sup> Helmut Schmidt, *Menschen und Mächte*, S. 112–117, Zitat S. 116.

<sup>71</sup> Schmidt, *Menschen und Mächte*, S. 120–124, Zitat S. 122; vgl. Hans-Georg Wieck, Ein mutiger Schritt und ein überragendes Ergebnis, in: Glavnaja direktcija međunarodnogo sotrudništva „RIA Novosti“ (Hrsg.), *Russland – Deutschland, Blick zurück in die Zukunft. Zum 50. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen (zweisprachig deutsch und russisch)*, Moskau 2005, S. 35 f.

<sup>72</sup> Tagebucheintragung von V. S. Semënov, 2. 7. 1980, in: *Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte*, 2/2004, S. 259.

<sup>73</sup> Brežnev im Gespräch mit Honecker, 3. 8. 1981, in: Hertle/Jarusch (Hrsg.), *Risse im Bruderbund*, S. 248 f.

<sup>74</sup> So Vadim Zagladins Feststellung im Gespräch mit Gyula Horn am 16. 7. 1980, wiedergegeben in dessen Bericht (engl. Übersetzung), [http://www.wilsoncenter.org/index.cfm?topic\\_id=1409&fuseaction=va2.document&i](http://www.wilsoncenter.org/index.cfm?topic_id=1409&fuseaction=va2.document&i).

## Sowjetische Erfolge und Sorgen

Ungeachtet der Probleme in Afghanistan und Polen sah sich die sowjetische Führung im Herbst 1980 auf der Siegerstraße. In Westeuropa, vor allem in der Bundesrepublik, in den Niederlanden und in Belgien, gewann die Anti-Raketen-Bewegung massiv an gesellschaftlichem Einfluss. Schmidts Bemühungen um einen Kompromiss schienen ebenso wie sein Auftreten in der SPD von der Sorge bestimmt zu sein, sich angesichts wachsender Opposition gegen die Stationierung der US-Mittelstreckenraketen nicht mehr lange an der Regierung halten zu können. Wenn die Welle des Protests seinen Sturz herbeiführe, so die Hoffnung in Moskau, würden nicht die unerwünschten Oppositionsparteien CDU und CSU, sondern die „Friedenskräfte“ in der Bundesrepublik an die Macht kommen<sup>75</sup>. Im Blick darauf suchte man die oppositionellen Tendenzen in der SPD zu verstärken. Brežnev lud Willy Brandt, der weiter ihr Vorsitzender war und zugleich als Leiter der Sozialistischen Internationale auch bei den ausländischen Sozialdemokraten großen Einfluss besaß, auf die Krim ein und überzeugte ihn dort von seiner brennenden Sorge um den Frieden und von der Notwendigkeit einer wechselseitig annehmbaren Regelung<sup>76</sup>. Brandt sah seine Vorbehalte gegenüber dem ungeliebten Nachfolger im Amt des Bundeskanzlers bestätigt. Brežnev verbuchte es als „nützlich[en]“ Erfolg, dass sich sein Gesprächspartner fortan noch mehr für die Abrüstung einsetzte und damit den „Spalt“ zwischen der Politik der USA und Westeuropas vergrößerte<sup>77</sup>. Und auch die Mitglieder des Konsultativrats für Abrüstung der Sozialistischen Internationale wurden vom Kreml umworben<sup>78</sup>.

In der Bundesrepublik verstärkte sich vor allem innerhalb der protestantischen Kirchen und der SPD der Widerstand gegen die Politik der Bundesregierung. Der sozialdemokratische Sicherheitsexperte Egon Bahr setzte sich dafür ein, das Bemühen auf eine „gemeinsame Sicherheit“ – zusammen mit der UdSSR – zu richten. Um der nuklearen Katastrophe zu entgehen, müsse man die Entspannung forcieren, nicht die Rüstung. Als Gegengewicht zur SS 20 seien nicht die

<sup>75</sup> Diese Erwartung trat zutage, als der DGB-Vorsitzende Heinz-Oskar Vetter in Schmidts Auftrag während eines Gesprächs mit der sowjetischen Führung fragte, ob es denn nicht im Interesse der UdSSR liege, dass in Bonn die SPD statt der CDU/CSU regiere (Hinweis auf das Gespräch: Breschnew zu Vetter: Die Situation ist ernst, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14. 10. 1981). Als späteren Reflex von Veters Bericht darüber an den Bundeskanzler siehe Schmidt, Menschen und Mächte, S. 127.

<sup>76</sup> Vgl. Vermerk über das Gespräch des Vorsitzenden der SPD, Brandt, mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, 30. 6. 1981, in: Willy Brandt, Berliner Ausgabe, Bd. 9: Die Entspannung unzerstörbar machen. Internationale Beziehungen und deutsche Frage 1974–1982, bearb. von Frank Fischer, Bonn 2003, S. 319–326; Interview mit Willy Brandt, in: Der Spiegel vom 6. 7. 1981, abgedruckt in: Ebenda, S. 327–341; Brief von W. Brandt an L. I. Brežnev, 17. 2. 1962, in: Ebenda, S. 373 f.; Interview mit Willy Brandt, in: Der Spiegel vom 5. 4. 1981, abgedruckt in: Ebenda, S. 375–378.

<sup>77</sup> So Brežnev im Gespräch mit Honecker, 3. 8. 1981, in: Hertle/Jaraus (Hrsg.), Risse im Bruderbund, S. 207.

<sup>78</sup> Vgl. Priëm L. I. Brežnevym predstavitelej Konsul'tativnogo soveta Socialističeskogo internacionala po razoruženiju, in: Pravda vom 4. 2. 1982.



geplanten amerikanischen Raketen, sondern die vorhandenen Systeme der Briten und Franzosen anzusehen<sup>79</sup>. Nur mit Mühe gelang es Schmidt im Frühjahr 1981 und nochmals ein Jahr danach, seine Partei durch Androhung des Rücktritts zur Gefolgschaft zu bewegen. Auf dem Münchener Parteitag (19. bis 23. April 1982) verhinderte er mit knapper Not die Annahme eines gegen die Stationierung gerichteten Antrags. Doch Schmidts Bemühen um ein positives Votum scheiterte: Die Delegierten vertagten ihre Stellungnahme bis Herbst 1983, wenn die Entscheidung über die Aufstellung der Raketen unmittelbar bevorstehe. Es waren Sozialdemokraten, die wesentlich zum Anwachsen der Protestbewegung beitrugen. Nachdem am 10. Oktober 1981 250.000 Raketengegner in Bonn demonstriert hatten, suchte der Bundeskanzler vergeblich eine Parteirüge für beteiligte SPD-Mitglieder durchzusetzen.

Anfang 1981 legte die Auslandsaufklärung des KGB eine Beurteilung der weltpolitischen Trends vor. Danach änderte sich das Kräfteverhältnis unaufhaltsam zu Ungunsten der UdSSR. Nachdem die USA lange Zeit in der schwächeren Position gewesen seien, hätten sie in Carters Spätzeit eine militärische Aufholjagd begonnen; auch die Entwicklungen in der Dritten Welt seien in antisowjetischem Sinn umgekippt. Vor allem aber habe die amerikanische Öffentlichkeit den Glauben an die Entspannung verloren und unterstütze das größte Aufrüstungsprogramm, das je in Friedenszeiten eingeleitet worden sei. Das Politbüro war alarmiert. Wegen der weit schwächeren sowjetischen Wirtschaftskraft waren adäquate Gegenanstrengungen illusorisch<sup>80</sup>. Als Ronald Reagan nach seinem Einzug in das Weiße Haus im Januar 1981 das Militärbudget weiter erhöhte, ein Programm des langfristigen Aufbaus der strategischen Kapazitäten ankündigte, von Prinzipien der Rüstungskontrolle abrückte, die Einführung der Neutronenwaffe vorsah und eine „ideologische Offensive“ gegen die UdSSR einleitete, nahmen die Sorgen zu. Die Kremlführung sah sich einer politischen, ökonomischen und militärischen Herausforderung gegenüber, der sie nicht gewachsen war<sup>81</sup>. Ohne auf die beschränkte Leistungsfähigkeit des Landes Rücksicht zu nehmen, rüstete sie jedoch weiter, um – namentlich durch beschleunigte SS 20-Stationierungen – den Amerikanern Paroli zu bieten<sup>82</sup>.

Für Reagans Vorgehen fand KGB-Chef Andropov zwei Erklärungen: Hass gegen den Sozialismus und Streben nach militärischer Überlegenheit. Die vom Präsidenten eingeleitete „ideologische Diversion“ und seine Politik des Handelsboykotts und Wettrüstens brächten Wirtschaft und Gesellschaft der UdSSR zunehmend in Schwierigkeiten. In den sozialistisch orientierten Ländern der Dritten Welt und in den Volksdemokratien Osteuropas hätten die USA die ideologische

<sup>79</sup> Vgl. Jeffrey Herf, *War by Other Means. Soviet Power, West German Resistance, and the Battle or Euromissiles*, New York/Toronto 1991, S. 124–133 u. S. 138–140.

<sup>80</sup> Basierend auf Informationen der CIA, vgl. Ben B. Fischer, *A Cold War Conundrum. The 1983 Soviet War Scare. An Intelligence Monograph*, Langley/VA: Center for the Study of Intelligence, Sept. 1997, S. 3–5.

<sup>81</sup> Vgl. Dobrynin, *In Confidence*, S. 478 u. S. 495 f.

<sup>82</sup> Vgl. D. Ustinov, *Otvesti ugrozu jadernoj vojny*, in: *Pravda* vom 12. 6. 1982; ders., *Otstojat' mir*, in: *Pravda* vom 22. 6. 1981.

Gegenoffensive begonnen, erzeugten innenpolitische Widerstände, unterstützten die Opposition und scheuten, wenn kein größeres Risiko entstehe, sogar vor bewaffnetem Eingreifen nicht zurück<sup>83</sup>. Nach Abschluss der amerikanischen Hochrüstung war zudem, wie Andropov im Mai 1981 auf einer internen Beratung erklärte, mit einem nuklearen Überraschungsangriff zu rechnen. Seine Sorge wurde zwar von den Experten weithin nicht geteilt, doch erhielten die Geheimdienste KGB und GRU (über den das Militär gebot) die Weisung, mit Vorrang an einem Informationssystem zu arbeiten, das rechtzeitig vor entsprechenden Vorbereitungen der USA warne. Die ersten Instruktionen an die Residenturen im Ausland, auf die geringsten Anzeichen für einen „frühen Nuklearüberfall“ (rannee jadernoe napadenie, daher der Codename RJaN) zu achten, ergingen im November 1981. Deren Meldungen über die – als *psychological operations* gedachten – Aktivitäten der amerikanischen See- und Luftstreitkräfte nahe den sowjetischen Grenzen weckten zunächst noch nicht die Befürchtung, dass ein Angriff akut bevorstehe<sup>84</sup>.

Brežnev sah die UdSSR zwar bedroht, stellte aber auch positive Entwicklungen fest. Der Kurs, den die USA ihren Verbündeten aufzwingen, beunruhige diese zunehmend und bewege sie zu mehr Bemühen um Kontakte mit Moskau. Auch setze sich Brandt nach dem Gespräch auf der Krim verstärkt für die Abrüstung ein<sup>85</sup>. Andererseits war man im Kreml über politische Probleme im eigenen Lager besorgt. Der Gegner bemühe sich mit Erfolg um Einfluss auf die Arbeiterklasse, die Intelligenz, die Jugend und die Frauen in der UdSSR. Der Kampf dagegen werde durch die Erfordernisse des Bündnisses mit der Friedens- und Antikriegsbewegung im Westen erschwert, das keine konsequenten Maßnahmen gegen Gruppen in den sozialistischen Ländern zulasse, die „sich unter dem Banner des Kampfes für den Frieden organisieren, tatsächlich jedoch antisozialistische Ziele verfolgen“. Eine zusätzliche Komplikation entstehe durch jenen Teil der Grünen [in der Bundesrepublik], der als eines der feindlichen „Zentren der ideologischen Diversion“ gegen den Sozialismus fungiere<sup>86</sup>.

### Auftakt zu Verhandlungen

Der Kreml war nunmehr zu Verhandlungen bereit. Mit Carter wurden Vorgespräche vereinbart, zu denen es aber erst im Mai 1981 kam – mit Unterhändlern sei-

<sup>83</sup> Vgl. Andropov im Gespräch mit Erich Mielke, 11. 7. 1981, in: Ploetz, *Wie die Sowjetunion den Kalten Krieg verlor*, S. 91–96.

<sup>84</sup> Vgl. Fischer, *A Cold War Conundrum*, S. 5–17; Christopher Andrew/Vasili Mitrokhin, *The Sword and the Shield. The Mitrokhin Archive and the Secret History of the KGB*, New York 1999, S. 213; Vladislav Zubok, *A Failed Empire. The Soviet Union in the Cold War from Stalin to Gorbachev*, Chapel Hill/NC 2007, S. 271 f.; Ustinov gegenüber Marschall Kulikov, 14. 6. 1982, in: Mastny/Byrne (Hrsg.), *A Cardboard Castle?*, S. 464 f.

<sup>85</sup> Vgl. Brežnev im Gespräch mit Honecker, 3. 8. 1981, in: Hertle/Jaraus (Hrsg.), *Risse im Bruderbund*, S. 207 f.

<sup>86</sup> So der stellv. KGB-Vorsitzende Filip Bobkov auf einer Zusammenkunft der östlichen Geheimdienste, in: Süß, *Asymmetrische Kooperation*, o. S.

nes Nachfolgers. Die UdSSR bestand darauf, sie müsse ihre SS 20 ausnahmslos behalten, ohne dass eine Gegenstationierung vorgenommen werde. Nur auf diese Weise sei die militärische Parität zu erreichen, zu der man sich beiderseits bekannt habe. Die strategischen Kernwaffen Großbritanniens und Frankreichs müssten als Arsenale der NATO gelten und daher deren Seite zugerechnet werden. Aus dieser Sicht, die Schmidt bereits in den Moskauer Gesprächen angeregt hatte<sup>87</sup>, wurde folgender Schluss gezogen: Im Bereich der Intermediate-Range Nuclear Forces (INF), wie die Mittelstreckenwaffen in der neuen Terminologie Washingtons nun hießen, würden schon die britischen und französischen Systeme für ein volles Gegengewicht zur SS 20 sorgen. Eine Stationierung amerikanischer Systeme in Europa war nach dieser Lesart daher nicht mehr nötig<sup>88</sup>. Das war freilich nach Auffassung des westlichen Bündnisses schon deshalb abwegig, weil es sich dabei um Waffen handelte, die ausschließlich für den nationalen Einsatz, zum Schutz des eigenen Landes vorgesehen waren. Die Strategie der Allianz war davon nicht berührt. Nachdem die UdSSR schon mehrfach zur Korrektur ihrer Angaben genötigt gewesen war, präsentierte sie im Herbst 1981 einen – auch im militärischen Detail fragwürdigen<sup>89</sup> – Kräftevergleich, nach dem die NATO ein kleines Übergewicht von 986 zu 975 Systemen besaß<sup>90</sup>. Zwar erzwang der Verhandlungsverlauf einige Berichtigungen, doch hielt der Kreml weiter an den zugrunde gelegten Argumentationslinien fest<sup>91</sup>.

Propagandistisch arbeitete die UdSSR mit dem Argument, sie habe im Gegensatz zum Westen seit einem Jahrzehnt ihre Kapazitäten nicht ausgeweitet<sup>92</sup>. Das traf für die Systeme zu. Durch die vermehrten Sprengköpfe waren jedoch die sowjetischen Fähigkeiten enorm gesteigert worden. Zudem hatten sich die Reichweiten und Kampfradien außerordentlich vergrößert, und die meisten sowjetischen Raketen waren ungleich effizienter als die Flugzeuge des Westens, die zudem nur weitaus kürzere Strecken zurücklegen konnten. Die sowjetische Forderung, eine beiderseitige Reduzierung der Flugzeuge müsse auch die nuklearfähigen Jagdbomber der NATO einbeziehen, zielte auf eine einseitige Schwächung ihrer konventionellen Schlagkraft. Wenn diese Systeme „doppelter Verwendung“,

<sup>87</sup> Vgl. den damaligen Kräftevergleich der Bundesregierung, in: Es geht um unsere Sicherheit. Verteidigung im Bündnis, hrsg. vom Auswärtigen Amt, Bonn 1980, S. 65.

<sup>88</sup> Vgl. Kwizinskij, Vor dem Sturm, S. 321. Brežnev hatte sich, wie bei Savelyev/Detinov, The Big Five, S. 61, berichtet wird, erst nach den Verhandlungen mit Schmidt von seinen Beratern davon überzeugen lassen, dass dessen Anregung eine Rechtfertigung des beanspruchten Monopols an landgestützten Mittelstreckenraketen ermöglichte.

<sup>89</sup> Näheres bei Wettig, Instrumentalisierung, in: Forndran/Krell (Hrsg.), Kernwaffen im Ost-West-Vergleich, S. 369–378.

<sup>90</sup> Die Präsentationen dieser Berechnung wurden schriftlich in folgenden Berichten festgehalten: L. Zamjatin auf einer Pressekonferenz in Bonn, in: General-Anzeiger vom 24. 11. 1981; V. Zagladin auf der Genfer Pugwash-Konferenz, 11./12. 12. 1981, in: Bundesministerium der Verteidigung (Hrsg.), Materialien zu den Genfer Verhandlungen über nukleare Mittelstreckensysteme (INF), Bonn 1982, S. 68.

<sup>91</sup> Siehe etwa die Aussage Marschall Achromeevs auf einer Pressekonferenz in Moskau am 14. 9. 1983, in: Pravda vom 15. 9. 1983.

<sup>92</sup> So D. F. Ustinov, Protiv gonki voozruženij i ugrozy vojny, in: Pravda vom 25. 7. 1981.

denen – anders als den sowjetischen Nuklearflugzeugen – auch bei nur konventionellen Kämpfen zentrale Aufgaben zugeordnet waren, aus Europa entfernt wurden, würde ein zentrales Element der konventionellen Verteidigung fehlen. Dann würden nur 40 amerikanische Militärmaschinen weiter auf europäischem Boden verbleiben, wo ihnen eine erdrückende Übermacht konventioneller Fliegerkräfte der UdSSR gegenüber stünde. Nahm man alles zusammen, so konnte von einem Gleichstand der Rüstung keine Rede sein. Die in Zahlen definierte „Gleichheit“ verschleierte nur eine massive Überlegenheit, die sich vor allem durch den SS 20-Aufwuchs fortlaufend verstärkte<sup>93</sup>.

Vor einem Besuch in Bonn wandte sich Brežnev Anfang November 1981 an die Öffentlichkeit mit der Forderung, man solle sich auf ein Moratorium verständigen<sup>94</sup>. Die dabei erklärte Bereitschaft, sein Arsenal noch vor Abschluss einer Vereinbarung „einzufrieren“, weitere Modernisierungen in Europa zu unterlassen und Raketen einseitig zu verringern<sup>95</sup>, sollte den Eindruck erwecken, als wolle er einen Verzicht des Westens auf Gegenstationierung mit großzügigem Entgegenkommen honorieren. In Wirklichkeit war der Kreml nicht einmal bereit, es beim damaligen massiven INF-Monopol zu belassen, denn er nannte als zugrunde zu legenden sowjetischen Ist-Stand eine SS 20-Zahl, die als Endstand im nächsten Frühjahr vorgesehen war. Wie Suslov im Politbüro erklärte, kam mit Rücksicht auf die Friedensbewegung in Westeuropa kein Entgegenkommen in Betracht. Von dem, was diese als sowjetische Friedenspolitik ansehe, könne man nicht abgehen. Vor allem die kommunistischen Parteien als die tragenden Kräfte würden es nicht verstehen, wenn die UdSSR von dem Kurs abweiche, für den sie sich eingesetzt hätten<sup>96</sup>. Vor den Verhandlungen wurde Delegationsleiter Julij Kvicinskij instruiert, eine Vereinbarung sei nicht beabsichtigt<sup>97</sup>.

Demgegenüber trat Reagan Mitte November vor Brežnevs Besuch in Bonn mit dem Vorschlag einer „doppelten Null-Option“ an die Öffentlichkeit. Beide Seiten sollten auf INF-Raketen völlig verzichten. Die vorhandene Bestände seien zu vernichten. Die Friedensaktivisten in Westeuropa, denen der Präsident als rüstungswütiger Kalter Krieger galt, waren zunächst sprachlos. Die sowjetische Seite sprach von Propagandaspektakel und Heuchelei. Das erschien vielen in der Antiraketenbewegung plausibel. Dennoch blieb die amerikanische Position für den

<sup>93</sup> Vgl. Wettig, Instrumentalisierung, in: Forndran/Krell (Hrsg.), Kernwaffen im Ost-West-Vergleich, S. 381–384, dazu die Tabellen in: Forndran/Krell, Kernwaffen im Ost-West-Vergleich, S. 190, S. 192 f., S. 206 f., S. 235, S. 238, S. 374–377 u. S. 470–521.

<sup>94</sup> „Versetzen Sie sich mal in unsere Lage ...“ Staats- und Parteichef Breschnew über die politische Situation vor seinem Besuch in Bonn, in: Der Spiegel vom 2. 11. 1981, S. 34 f., S. 37, S. 39, S. 42, S. 45, S. 47, S. 51, S. 53 f., S. 57, S. 60 u. S. 63.

<sup>95</sup> Erwähnt in: Intermediate-Range Nuclear Forces (INF), Progress Report to Ministers by the Special Consultative Group, released for publication on December 8, 1983, NATO Information Service, Brüssel, S. 29 f.

<sup>96</sup> Ausführungen von M. A. Suslov im Politbüro der KPdSU, 19. 12. 1981, zit. nach Mark Kramer, Poland 1980–1981, in: Bulletin of the Cold War International History Project, 5 (Spring 1995) Poland 1980–1981, S. 137.

<sup>97</sup> Näheres bei Kwizinskij, Vor dem Sturm, S. 292 f. u. S. 299 f.

Kreml weiter eine Herausforderung. Brežnev erregte sich sehr, als er in Bonn mit Schmidt sprach. Es sei unverschämte, dass Reagan auf diese Weise der UdSSR einseitige Abrüstung zumute, während die zahllosen gegen sie gerichteten land- und seegestützten Raketen sowie Nuklearbomber der USA nicht angerührt werden sollten. In Europa stünden sich die Mittelstreckensysteme im Verhältnis eins zu eins gegenüber, aber der Präsident wolle daraus die Relation zwei zu eins zugunsten der NATO machen. Dabei ignorierte der Kremlchef, dass weder die ungleich weniger weit reichenden Nuklearraketen noch die Flugzeuge der Amerikaner in der Lage waren, sowjetisches Gebiet zu bedrohen. Schmidt, der inzwischen wusste, dass sein Gegenüber auf die westdeutschen Gegner der NATO-Stationierung hoffte, suchte den Gast zu beruhigen, und betonte nachdrücklich seine Entschlossenheit zur Durchführung des Bündnisbeschlusses, wenn es bei den INF-Verhandlungen zu keiner Einigung komme<sup>98</sup>.

Der Kreml war nach wie vor besorgt über die Attraktivität von Reagans Null-Option für die Öffentlichkeit und suchte ihr mit der Erklärung zu begegnen, die von Washington bekundete Bereitschaft zum Entgegenkommen habe nur den Ton, nicht die Sache verändert. In der zentralen Frage der Verteidigung wolle man die UdSSR über den Tisch ziehen. Sie solle die Verschrottung ihres strategischen Hauptpotentials, der jahrzehntelang aufgebauten landgestützten Raketen, sofort einleiten, während die USA die angekündigten militärischen Programme ungehindert durchführten. Es gelte, das Arsenal der Mittelstreckensysteme, das den Kern der strategischen Streitkräfte bilde, als Bollwerk der gesamten sozialistischen Gemeinschaft zu verteidigen. Um die Verwirrung des Publikums zu überwinden, müsse man die „wirkliche Bedeutung“ der beiderseitigen Standpunkte ins rechte Licht rücken<sup>99</sup>.

Die INF-Verhandlungen waren immer auch ein Wettstreit um die Gunst der öffentlichen Meinung. Beide Seiten erklärten, ein gleichgewichtiges Kräfteverhältnis anzustreben, hatten aber darüber gegensätzliche Vorstellungen. Die UdSSR bestand auf den sie stark begünstigenden Ist-Stand. Alle nuklearfähigen Flugzeuge müssten ohne Rücksicht auf ihre beschränkte Fähigkeit und konventionelle Rolle voll als eurostrategische Potentiale gerechnet werden; die britischen und französischen Systeme hätten als Teil des NATO-Arsenals zu gelten; Startgeräte, nicht Sprengköpfe wurden als Zählkriterien vorgesehen; nur die in Europa stationierten Systeme durften berücksichtigt werden. Damit wäre das Ungleichgewicht befestigt statt beseitigt worden. Das war für die USA unannehmbar. Diese strebten als ersten Schritt die Verschrottung aller in Europa und Asien stationierten landgestützten Raketen kontinentaler und subkontinentaler Reichweite an. Die Gefechtsfeldwaffen sollten davon ausgenommen sein. Die komplizierten Probleme der Flugzeuge, vor allem der sowohl nuklear als auch konventionell einsatzfähigen amerikanischen Flugzeuge, sei später zu behandeln. Die

<sup>98</sup> Siehe den Bericht von Aleksandrov-Agentov, Ot Kollontaj do Gorbačeva, S. 195–198.

<sup>99</sup> So Andropov auf der Tagung des Politischen Konsultativkomitees in Prag, 4./5. 1. 1983, in: Mastny/Byrne (Hrsg.), *A Cardboard Castle?*, S. 474–476.

Waffen dritter Staaten könnten nicht einbezogen werden, weil man weder strategisch noch diplomatisch darüber verfüge.

Der sowjetische Vorschlag vom März 1982, die Zahl der beiderseitigen Systeme in Europa zunächst auf je 600 und dann 300 zu verringern, zielte darauf ab, den Nachteil für die westliche Seite zu vergrößern. Die UdSSR konnte demnach ihre SS 20 so gut wie vollständig behalten, die USA aber hätten aufgrund der Anrechnung der britischen und französischen Potentiale fast alle nuklearfähigen Flugzeuge entfernen müssen, obwohl sie primär für den konventionellen Einsatz auf dem Gefechtsfeld bestimmt waren<sup>100</sup>. Der amerikanische Präsident machte öffentlich geltend, dass der Kreml über eine klare „Spanne der Überlegenheit“ verfüge. Als er in einer polemischen Rede dazu konkrete Forderungen stellte, wandten sich Gromyko, Ustinov und Andropov mit einem Memorandum an das Politbüro. Darin beschuldigten sie Reagan, er suche seine aggressive Politik propagandistisch zu bemänteln. Er wolle die nukleare Parität beseitigen, sei von Hass gegen der Sowjetunion erfüllt, wolle ihre Verbündeten spalten und das sozialistische System beseitigen<sup>101</sup>. Vor diesem Hintergrund kam es bei den INF-Verhandlungen zu keiner Bewegung. Daher entschloss sich der amerikanische Chefunterhändler Paul Nitze, einen Versuch zur Überwindung des Stillstands zu machen. Kvicinskij ging darauf ein.

### **Der Waldspaziergang der beiden Chefunterhändler**

Nitze hatte nur den Leiter der U. S.-Rüstungskontrollbehörde von seiner Initiative unterrichtet, war sich aber sicher, dass diese die Billigung des Präsidenten finden würde. Entscheidend schien ihm, dass die vorzusehenden Zugeständnisse auf keinen Fall zur bloßen Ausgangsposition für künftige Gespräche werden durften, aus der sich der Kreml dann das Gewünschte herauspicken könnte. Deshalb präsentierte er seine Vorschläge als ein Paket, das in seiner Gesamtheit zur Entscheidung stehe. Werde es abgelehnt, gebe es überhaupt keine Übereinkunft. Auf dieser Basis legte Nitze auf einem Waldspaziergang am 16. Juli 1982 Kvicinskij seine Vorstellungen dar. Danach stand jeder Seite in Europa die gleiche Zahl von „Startrampen“ zu. Die UdSSR sollte 75 nachladefähige SS 20-Systeme mit je drei unabhängig ins Ziel zu bringenden Sprengköpfen haben; für die USA waren 75 Stellungen von vier Marschflugkörpern mit je einem Sprengkopf vorgesehen. Das Mehr an Sprengköpfen sollte den Amerikanern einen Ausgleich dafür bieten, dass sie auf die Pershing II vollständig verzichteten und damit – aus Rücksicht auf die sowjetische Sorge hinsichtlich einer Bedrohung der Regierungs- und Kommandozentren – der anderen Seite bei den schnellen ballistischen Raketen

<sup>100</sup> Vgl. Briefing on Theater Nuclear Force by the Chairman of the U.S. Delegation to the Intermediate-Range Nuclear Forces Negotiations, May 12, 1982, H-181-69:7, in: House [of Representatives] Appropriation Committee Hearings, Washington/DC 1982, S. 809–846; [U. S.] Senate foreign Relations Committee Hearings: Testimony by the Honorable Paul H. Nitze, May 24, 1982, Washington/DC 1982, S. 2–16; Kwizinskij, Vor dem Sturm, S. 291; Nitze, From Hiroshima to Glasnost, S. 371–374.

<sup>101</sup> Vgl. Dobrynin, In Confidence, S. 502 f.



ein Monopol einräumten. Raketen mit einer Reichweite zwischen 500 und 1000 km sollten auf dem aktuellen Stand verbleiben. Für die SS 20 jenseits des Ural wurde eine Begrenzung vorgesehen, und Washington sollte sich verpflichten, weiterhin keine Raketen in Asien zu stationieren. Beiden Mächten wurden in Europa 150 Schwere Bomber zugestanden, die „wesentlich“ für den nuklearen Einsatz bestimmt seien. Kvicinskij bewog Nitze zu kleinen Modifikationen, die nichts an diesen Punkten änderten, und beide kamen überein, das Vorschlagspaket ihren Regierungen vorzulegen<sup>102</sup>.

Bei seiner Rückkehr nach Moskau Ende Juli sah sich Kvicinskij mit dem Vorwurf konfrontiert, er sei den Amerikanern auf den Leim gegangen, die weder ein Gipfeltreffen noch eine Euroraketen-Vereinbarung wollten, sondern nur nach weichen Stellen auf sowjetischer Seite suchten. Ohne Beachtung blieb, dass immerhin eine gewisse Bereitschaft zur Abkehr von der Null-Option und zum Verzicht auf die besonders bedrohliche Pershing II zu erkennen war. Kvicinskij wurde daran gehindert, Nitze die versprochene Antwort zukommen zu lassen. Mit der Billigung Gromykos, der augenscheinlich nur ein Sondierungsgespräch erwartet hatte, wiesen die Militärs auf einer Besprechung der zuständigen Spitzenbehörden den Vorschlag scharf zurück. Kvicinskij wandte sich daraufhin an Andropov, der gerade an die zweite Stelle in der Partei vorgerückt war. Er machte geltend, dass den USA zugestandene numerische Übergewicht von 300 zu 225 Sprengköpfen in Europa sei für das Kräfteverhältnis insgesamt nicht wichtig. Eine Übereinkunft sei nötig, weil es keine „Volksrevolution“ in der Bundesrepublik geben werde, welche die NATO-Raketen verhindere. Da Reagans Null-Option keinesfalls gewünscht sei, bleibe nur dieser Vorschlag. Andropov schien das für erwägenswert zu halten, vermied aber eine Stellungnahme und verwies an die Militärs, bei denen Generalstabschef Nikolaj Ogarkov bereits eine „Provokation“ festgestellt hatte. Auf einer erneuten Beratung wollte Marschall Sergej Achromeev den USA für den Verzicht auf jede Stationierung den Abbau von nicht näher definierten 225 Raketenstartanlagen in Europa zugestehen. Doch auch dieses vermutlich nur die Altsysteme betreffende Angebot lehnten Ogarkov und Gromyko ab<sup>103</sup>.

Anschließend erfuhr Kvicinskij die Motive für diese Ablehnung. Andropov und das Außenministerium nannten sein Vorgehen „naiv“. Er habe eine ihm nicht zukommende Rolle übernommen, statt strikt im Rahmen der gegebenen Anweisungen zu bleiben und sich in Führungsangelegenheiten zurückzuhalten. Achromeev wollte die SS 20-Komplexe in Europa nicht reduzieren; die „operativ-taktischen“ Raketen (mit einer Reichweite von 500 bis 1000 km) bedürften der Aufstockung auf 180 Einheiten. Zudem arbeite man daran, mehrere hundert neue Raketen mit einer Reichweite von etwa 400 km in Dienst zu stellen. Das Politbüro formulierte am 9. September 1982 eine Maximalposition für die INF-Verhandlungen, die eine Vereinbarung faktisch ausschloss. Gromyko hätte aber gerne einen Konflikt vermieden. Er fragte Kvicinskij, welche Übereinkunft man sich vorstellen

<sup>102</sup> Vgl. ebenda (unter Beifügung der Kvicinskij übergebenen vier Papiere), S. 376–385; Kvicinskij, Vor dem Sturm, S. 301–305.

<sup>103</sup> Vgl. ebenda, S. 305–310.

könne. Dieser erwiderte, nur wenn die UdSSR die SS 20-Raketen verringere (was natürlich die oberste Führung entscheiden müsse), sei ernstlich an einen Dialog mit den Amerikanern und an weitere Beeinflussung der westeuropäischen Öffentlichkeit zu denken. Der Außenminister gab erregt zur Antwort, man habe nie auf Waffen verzichtet, die der Verteidigung dienen<sup>104</sup>.

### **Regierungswechsel in Bonn und Andropovs Entscheidung für verstärkte Propaganda**

Im Herbst 1982 nahm die sicherheitspolitische Opposition in der SPD einen Umfang an, der Schmidts Stationierungskurs in Frage stellte. Sinkende Umfragergebnisse für die Bundesregierung ließen den Koalitionspartner FDP befürchten, dass er von den Sozialdemokraten in die Tiefe gerissen werde, und bewogen ihn dazu, auf der Basis gemeinsamen Eintretens für die NATO-Raketen das Bündnis mit der CDU/CSU zu suchen. Beide Parteien wählten am 1. Oktober mit einem konstruktiven Misstrauensvotum Helmut Kohl zum neuen Bundeskanzler. Damit gab es in Bonn eine Regierung, die von inneren Widerständen unbelastet den Doppelbeschluss unterstützte. Das war ein schwerer Schlag für die sowjetische Führung, die nun am Sieg ihrer Politik zu zweifeln begann<sup>105</sup>. Andropov, seit Brežnevs Tod im November 1982 an der Spitze von Partei und Staat, bemühte sich, die neuen Männer in Bonn durch Unterstützung der „realistischen Elemente“ zu einer politischen Wende zu veranlassen<sup>106</sup>. Zugleich hoffte er auf eine Rückkehr der SPD an die Macht. Das kam deutlich zum Ausdruck, als er im Blick auf die Bundestagswahl im März 1983 deren Kanzlerkandidaten Hans-Jochen Vogel empfing, um ihm den sowjetischen Standpunkt ausführlich zu erläutern. Danach suchten die Militärs den Gast von der Richtigkeit der sowjetischen Position zu überzeugen<sup>107</sup>.

Nachdem CDU/CSU und FDP die Wahlen gewonnen hatten, sondierte Gromyko, ob man mit ihnen zu einer Übereinkunft auf der Basis der Moskauer Vorstellungen kommen könne. Freundliche Bonner Worte überzeugten ihn vom Interesse an guten Beziehungen zur UdSSR, doch in der Hauptfrage, der NATO-

<sup>104</sup> Vgl. ebenda, S. 312–316.

<sup>105</sup> So war ein mit der Westpropaganda befasster leitender Funktionär des zentralen Parteiapparats der Ansicht, dass sich die Gegner der NATO-Stationierung durchsetzen würden: V. Šapošnikov, O nekotorych problemach antivoennogo dviženija, in: Mirovaja ekonomika i međunarodne otnošenija, 12/1981, S. 22–24. Ihm widersprach der Vorsitzende der westdeutschen DKP, Herbert Mies: Gerbert Mis, K edinstvu dejstvij v bor'be za mir i trud, in: Kommunist. Teoretičeskij i političeskij žurnal CK KPSS, 1982, H. 12, S. 95–97. Ustinov hatte schon vor dem Regierungswechsel in Bonn befürchtet, dass die Aufstellung der NATO-Raketen letztendlich durchgesetzt werde: Ausführungen von D. F. Ustinov im Gespräch mit Marschall V. G. Kulikov und DDR-Verteidigungsminister Heinz Hoffmann, 14. 6. 1982, in: Mastny/Byrne (Hrsg.), A Cardboard Castle?, S. 464.

<sup>106</sup> Andropov auf der Prager Tagung des Warschauer Pakts, 4./5. 1. 1983, in: Mastny/Byrne (Hrsg.), A Cardboard Castle?, S. 477.

<sup>107</sup> Vgl. Protokoll der Moskauer Gespräche [H.-J. Vogels, verfasst von Botschafter Andreas Meyer-Landrut], in: Quick vom 27. 1. 1983, S. 16–20.

Stationierung, erhielt er keine Zusage<sup>108</sup>. Seine Hoffnung blieb daher weiterhin die Friedensbewegung in der Bundesrepublik<sup>109</sup>. Andropov wurde unsicher, hoffte aber, dass die Gegner der NATO-Stationierung, die nun in der SPD immer stärker wurden, den Raketenverzicht erzwingen würden<sup>110</sup>. Um ihnen den Rücken zu stärken, war er bestrebt, die USA in den INF-Verhandlungen ins Unrecht zu setzen, obwohl er intern eigentlich ein auskömmliches, unpolemisches Verhältnis zu den Amerikanern wünschte<sup>111</sup>.

Man müsse jedoch „Illusionen“ im Westen über die amerikanische Politik zerstören und vor allem der INF-Null-Option Reagans die propagandistische Wirkung nehmen. Die Tür zu Verhandlungen wollte man deswegen nicht zuschlagen, sondern die USA ermutigen, doch noch die Moskauer Vorstellungen zu akzeptieren. Andropov beabsichtigte, auf dieser Basis „[wohl]bedachte, ausgewogene Vorschläge“ zu unterbreiten, um der amerikanischen Politik entgegenzutreten und die Öffentlichkeit zu gewinnen. Dass sich die UdSSR auf den Frieden und auf die Beseitigung der nuklearen Bedrohung ausrichte, sei ein „gewaltiges politisches Kapital für den Sozialismus“. Im einzelnen forderte Andropov, auf eine Politik des Wettrüstens zu verzichten, die Waffen auf dem derzeitigen Stand einzufrieren und große Einschnitte vorzunehmen. Die Zahl der Startgeräte müsse auf beiden Seiten gleich sein; dieser Gleichstand dürfe nicht durch die Existenz „vorne stationierter Systeme“ untergraben werden. Demnach ging es darum, auf die Entfernung aller amerikanischen Kernwaffen aus Europa und Asien hinzuwirken. Mit dem Vorschlag, NATO und Warschauer Pakt zu beseitigen, bekannte sich Andropov zum alten Ziel kollektiver Sicherheit für Europa und strebte damit weiterhin ein Arrangement an, das – nach dem damit verbundenen Abzug der amerikanischen Truppen aus Europa – der UdSSR eine dominierende Position auf dem Kontinent verschaffen sollte<sup>112</sup>.

Dabei rechnete der Kremlchef mit der Unterstützung der Friedensbewegung und auch westlicher Regierungen. Die Stationierung der NATO-Raketen rufe in den betroffenen Ländern zunehmend Unbehagen und Protest hervor. Die führenden Politiker wichtiger Staaten, vor allem Frankreichs und der Bundesrepublik, seien nicht mit der herausfordernden Haltung Reagans einverstanden, ärgerten sich über die brutale Verletzung ihrer Osthandelsinteressen und

<sup>108</sup> Vgl. Auszug aus der Tischrede des sowjetischen Außenministers Andrej A. Gromyko anlässlich seines Besuchs in Bonn (deutsche Übersetzung), 17. 1. 1983, in: Stichworte zur Sicherheitspolitik (hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung), 1983, H. 2, S. 18–20; Ausführungen des Außenministers Andrei A. Gromyko auf der Pressekonferenz in Bonn (mit anschließender Diskussion), in: Ebenda, S. 21–27.

<sup>109</sup> Vgl. A. A. Gromyko auf der Tagung des Politischen Konsultativkomitees des Warschauer Pakts, 6./7. 4. 1983, in: Ploetz/Müller, *Ferngelenkte Friedensbewegung?*, S. 158–161.

<sup>110</sup> Vgl. Ju. V. Andropov auf der Tagung des ZK der KPdSU, 14. 6. 1983, in: Plenum Central'nogo komiteta KPSS 14–15 ijunja 1983 goda, Moskau 1983, S. 129 f.

<sup>111</sup> Vgl. A. S. Černjaev, *Na Staroj Ploščadi. Iz dnevnikovyh zapisej*, in: *Novaja i novejšaja istorija*, 2005, H. 1, S. 102.

<sup>112</sup> Andropov auf der Prager Tagung des Warschauer Pakts, 4./5. 1. 1983, in: Mastny/Byrne (Hrsg.), *A Cardboard Castle?*, S. 475–478.

wünschten gute Kontakte zur UdSSR. Überdies glaubte Andropov, dass eine Politik, die im Widerstreit zur – vermeintlich auf steten Vormarsch des Sozialismus gerichteten – „historischen Entwicklung“ stehe, auf die Dauer nicht erfolgreich sein könne. Der Kreml brauche seine Haltung nicht zu ändern; da er sich um „Beseitigung der nuklearen Bedrohung“ bemühe, sei dies ein „gewaltiges politisches Kapital“ für das sozialistische System. Überdies beweise die Selbstverpflichtung der UdSSR zum Verzicht auf den Erstgebrauch von Kernwaffen überzeugend die Bereitschaft zu „friedlicher Koexistenz, Abrüstung, wechselseitig vorteilhafter Zusammenarbeit“. Die Sowjetunion müsse auf der damit geschaffenen Grundlage „Initiativen in den Schlüsselfragen von Krieg und Frieden“ entfalten, um die Öffentlichkeit zu einem positiven Urteil zu veranlassen. Sollte sie die Stationierung trotzdem nicht verhindern können, würde sie zu geeigneten Reaktionen in der Lage sein<sup>113</sup>.

Von den sowjetischen Militärs waren noch schärfere Töne zu hören. Marschall Nikolaj Ogarkov verglich die Lage mit der Situation am Vorabend des Zweiten Weltkriegs und warf den USA vor, dass sie überall, wo dies möglich sei, Unzufriedenheit mit dem Sozialismus schürten, Unruheherde auf allen Kontinenten ausnutzten und sowohl einen globalen als auch einen begrenzten Krieg vorbereiteten<sup>114</sup>. Reagan solle aber kein Vorwand zum Losschlagen geliefert werden. Die Friedensbewegung in Westeuropa, von der man im Kreml den Erfolg gegen die NATO erhoffte, solle sich vielmehr von den friedlichen Absichten der UdSSR überzeugen. Nicht zuletzt deshalb scheute der Kreml vor einer bewaffneten Intervention in Polen zurück, wollte aber trotzdem die Gewerkschaft Solidarność unbedingt ausschalten. Nachdem er lange Zeit in Warschau vergeblich auf eine „interne Lösung“ gedungen hatte, fand sich der polnische General Wojciech Jaruzelski zur Unterdrückung der Opposition bereit<sup>115</sup>.

Anfang Januar 1983 äußerte sich Andropov vor den Verbündeten über die Lage. Demnach suchten die USA, die „Gesetze der historischen Entwicklung [hin zum Sieg des Sozialismus] zu bekämpfen“ und auf jede nur mögliche Weise „weitere Verluste für das kapitalistische System zu verhindern“. Sie wollten die wirtschaftlichen Verhältnisse in den sozialistischen Ländern erschweren. Das habe dort zum Anwachsen der Auslandsschulden, zu verschärfter Ernährungslage, zu technologischem Nachhinken in vielen Bereichen und zu verschiedenen Engpässen geführt. Washington habe Maßnahmen gegen Polen ergriffen, wolle den Handel als Waffe des politischen Drucks nutzen, suche unaufförllich die NATO zu militarisieren, eröfne eine neue Runde des Wettrüstens und mache deutlich, dass die neuen Raketen zum Gebrauch in einem künftigen Krieg bestimmt seien.

<sup>113</sup> Vgl. ebenda, S. 472–479.

<sup>114</sup> Ausführungen von Marschall N. V. Ogarkov auf einer Tagung der Generalstabschefs des Warschauer Pakts (nach DDR-Wiedergabe), 8.–10. 9. 1982, in: Ebenda, S. 466–468.

<sup>115</sup> Vgl. Ausführungen von M. A. Suslov auf der Sitzung des Politbüros der KPdSU, 19. 12. 1981, zit. nach Kramer, *Poland 1980–1981*, S. 137; Mark Kramer, *Jaruzelski, the Soviet Union, and the Imposition of Martial Law in Poland. New Light on the Mystery of December 1981* (Dokumentenwiedergabe mit Einführungstext), in: *Bulletin of the Cold War International History Project*, 11 (Winter 1998), S. 5–14.

Es lasse sich zwar schwer sagen, ob das nur Erpressung oder ernstliche Absicht sei, doch dürfe die UdSSR auf keinen Fall eine amerikanische Überlegenheit zulassen. Das erhalte zwar das Gleichgewicht, doch würden die internationalen Verhältnisse instabil und möglicherweise unkontrollierbar. Man stehe vor einem „der massivsten Versuche des Imperialismus, den Prozess der gesellschaftlichen Veränderung zu verlangsamen, den Vormarsch des Sozialismus zu stoppen oder sogar an einigen Stellen zurückzudrängen“. Andropov betonte zwar die Bereitschaft zum Dialog, wollte aber zugleich die Position der USA durch das Schüren von Konflikten im Westen untergraben, da Reagans Politik der Konfrontation mit den sozialistischen Staaten bei vielen seiner Verbündeten sehr umstritten sei<sup>116</sup>.

### **Andropovs Kampagne zur Durchsetzung des Verhandlungsziels**

Andropov lehnte Reagans Politik heftig ab, suchte jedoch im Gegensatz zu Ustinov ein zumindest auskömmliches Verhältnis. Er bemühte sich zwar um ein nüchternes, vorurteilsfreies Urteil, blieb jedoch den Kategorien der prinzipiellen Feindschaft zum System des „Imperialismus“ verhaftet<sup>117</sup>. Am 21. Dezember 1982 verkündete er der Öffentlichkeit, er sei, wie von den USA gewünscht, bereit, „Hunderte“ von Raketen, darunter „einige Dutzend“ SS 20-Systeme, zu „reduzieren“ und eine Vereinbarung über die Raketen zu schließen, bevor beide Seiten über die sonstigen Systeme mittlerer Reichweite verhandelten. Die UdSSR wolle von diesen Waffen nur so viele in Europa behalten wie Großbritannien und Frankreich zusammen<sup>118</sup>. Ein leitender ZK-Funktionär bezeichnete das in einer Stellungnahme für das westliche Publikum als ein Angebot zum „Abrüstungswettlauf“<sup>119</sup>. In Wirklichkeit handelte es sich um eine neue Verschleierungsvariante bei der Verfolgung der alten Ziele. Der große Überhang an nutzlos gewordenen Altraketen, an deren Stelle der vorgesehene SS 20-Bestand inzwischen vollständig getreten war, erlaubte dem Krenl einen umfangreichen Abbau vorhandener Systeme, ohne dafür irgendwelche Nachteile in Kauf nehmen zu müssen. Da nur von Europa die Rede war, konnte man überdies SS 20 „reduzieren“, indem man sie hinter den Ural verlegte. Die Zusicherung, die UdSSR wolle bloß Parität mit den westeuropäischen Staaten, verbarg ihr Verlangen nach Ausschaltung der amerikanischen Kernwaffen. Dahinter stand, wie Andropov intern verdeutlichte, die Absicht, die westliche Abschreckung auszuhebeln. Das Bild einer um Gleichgewicht und Abrüstung bemühten Sowjetunion sollte die westliche Öffentlichkeit dazu veranlassen, sich gegen den Kurs ihrer Regierungen zu wenden<sup>120</sup>.

<sup>116</sup> Andropov auf der Prager Tagung des Warschauer Pakts, 4./5. 1. 1983, in: Mastny/Byrne (Hrsg.), *A Cardboard Castle?*, S. 472–474.

<sup>117</sup> Vgl. Černjaev, *Na Staroj Ploščadi*, S. 102.

<sup>118</sup> Text in: *Pravda* vom 22. 12. 1982.

<sup>119</sup> V. Zagladin, *We are Offering a Disarmament Race*, in: *Newsweek* vom 7. 2. 1983.

<sup>120</sup> Nähere Angaben bei Gerhard Wettig, *Die INF-Vorschläge Andropovs im Lichte der sowjetischen INF-Daten*. Aktuelle Analysen Nr. 2/1983, hrsg. vom Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln, 6. 1. 1983.

Ende des Monats legte der Generalsekretär nach. Die einleitende Feststellung, die „Drohung des Krieges und alles, was sie verstärkt“, seien der „gemeinsame Feind“ der Menschen in der UdSSR und in den USA, bezog sich unausgesprochen auf die Haltung der Reagan-Administration. Die Sowjetunion wolle demgegenüber die „Wahrung und Festigung des Friedens“, es gebe „gegenwärtig nichts Wichtigeres in der internationalen Politik“. Man wünsche sich, dass „auch Amerika seinen, diesem großen Land würdigen Beitrag“ leiste „nicht zur Anheizung des Wettrüstens und zur Entfesselung von Kriegsleidenschaften, sondern zur Festigung des Friedens und der Freundschaft zwischen den Völkern“. In der Frage der Kernwaffen in Europa schlage die sowjetische Seite mehrere Vereinbarungsvarianten vor. Entweder, so ahmte er Reagans Null-Option nach, solle generell auf alle Nuklearraketen mit mittlerer oder taktischer Reichweite in Ost und West ganz verzichtet werden. Oder Warschauer Pakt und NATO sollten ihre Mittelstreckensysteme, ihre Raketen und kernwaffentragenden Flugzeuge wenigstens um mehr als zwei Drittel verringern. Dann würden sich keinerlei sowjetische und amerikanische Raketen mehr gegenüberstehen, und die UdSSR würde nur so viel behalten wie Großbritannien und Frankreich. Moskau wolle nicht eine Rakete, nicht ein Flugzeug mehr besitzen als die Länder des westlichen Bündnisses<sup>121</sup>.

Die erste Vorschlagsvariante lief im Unterschied zu Reagans Null-Option darauf hinaus, auch die in Mitteleuropa stehenden Kurzstreckenraketen zu entfernen. Das hätte die überlegene sowjetische Panzerwaffe voll zur Geltung gebracht und die NATO völlig vom strategischen Abschreckungsinstrumentarium der USA abgekoppelt. Wie man in Moskau wusste, kam das für die andere Seite von vornherein nicht in Betracht. Ernstlich erörtern ließ sich daher nur die zweite Option. Diese aber war bereits in der Verhandlungsphase vor dem Waldspaziergang der beiden Chefunterhändler als absolut unannehmbar abgelehnt worden, weil sie das militärische Übergewicht der UdSSR auf dem europäischen Schauplatz weiter ausgebaut hätte. Am 2. April 1983 wandte sich Gromyko auf einer Pressekonferenz erneut gegen den amerikanischen Standpunkt und erklärte, dieser sei unvereinbar mit den Interessen von Frieden und Sicherheit. Als Hauptmängel rügte er die Ignorierung der britischen und französischen Systeme, die fehlende Berücksichtigung der Kernwaffen in U.S.-Flugzeugen und die Forderung nach Einbeziehung der sowjetischen Raketen in Asien<sup>122</sup>. Andropov erläuterte in einer Stellungnahme für das westdeutsche Publikum, nach der Vorstellung der USA solle die UdSSR abrüsten, während sie selbst aufrüsteten, und stellte die rhetorische Frage, wo der Kreml denn „eigentlich [noch] nachgeben“ solle<sup>123</sup>.

<sup>121</sup> Otvety Ju. V. Andropova na voprosy amerikanskogo političeskogo obozrevatelja Dž. Kingsberi-Smita, in: Pravda vom 31. 12. 1982.

<sup>122</sup> Vgl. Pressekonferenz von A. A. Gromyko, 2. 4. 1983, in: Pravda vom 3. 4. 1983.

<sup>123</sup> „Wo sollen wir eigentlich nachgeben?“ Sowjet-Parteichef Jurij Andropow über die Ost-West-Beziehungen, in: Der Spiegel vom 25. 4. 1983, S. 134, S. 136 u. S. 139 f.



Der Westen hatte der sowjetischen Seite seit langem vorgehalten, deren These vom bestehenden eurostrategischen Gleichgewicht verschleierte die Überlegenheit ihres Arsenal, da sie nur die Startgeräte, nicht aber die Sprengköpfe zähle. Andropov suchte das Argument zu entkräften, indem er am 3. Mai 1983 dem Sprengkopfkriterium zustimmte. Dies war aber kein wirkliches Zugeständnis, denn nach seiner Darstellung bestand Parität auch auf dieser Grundlage<sup>124</sup>. Diese Schlussfolgerung beruhte unter anderem auf der Gleichsetzung der britischen und französischen MRV-Sprengköpfe, deren Streuwirkung einem einzigen Ziel galt, mit den MIRV-Sprengköpfen der SS 20, die sich gegen völlig unterschiedliche Objekte einsetzen ließen, überdies treffgenau waren und nachgeladen werden konnten. Auch andere wichtige qualitative Merkmale, die für die UdSSR von Vorteil waren, wurden ignoriert. Der Darstellung Andropovs lag weiterhin die Gleichsetzung westeuropäischer Bomben, die wegen zu geringer Ladefähigkeit und unzureichendem Kampfradius der sie tragenden Flugzeuge die angegebenen Zielgebiete gar nicht erreichen konnten, mit den sowjetischen Raketensprengköpfen zugrunde<sup>125</sup>.

### Neue Herausforderungen

In den ersten Monaten des Jahres 1983 verstärkten sich die sowjetischen Besorgnisse. Reagan sandte widersprüchliche Signale, die ganz überwiegend bedrohlich erschienen. Seine öffentliche Polemik gegen die UdSSR, die mit seiner Äußerung vom „Reich des Bösen“ ihren Höhepunkt erreichte, stand in Gegensatz zum intern bekundeten Wunsch nach normalen Beziehungen. Am 15. Februar empfing er Botschafter Anatolij Dobrynin überraschend zu einem ausführlichen Gespräch, in dem er seine friedlichen Absichten betonte, das Interesse an einem guten Verhältnis zum Ausdruck brachte und die Frage stellte, ob die Sowjetunion wirklich glaube, dass die USA sie bedrohten. Zugleich aber zeigte er sich zur Härte entschlossen; an der Position in der Euroraketenfrage wollte er festhalten<sup>126</sup>. Die Ängste im Kreml steigerten sich fast bis zur Panik, als der Präsident am 23. März eine „Strategische Verteidigungsinitiative“ (Strategic Defense Initiative, SDI) ankündigte, welche die Entwicklung und den Aufbau eines im Weltraum operierenden Systems zum Abfangen feindlicher Raketen vorsah. Die Motive Reagans – den Schutz des amerikanischen Territoriums auch in einem globalen Konflikt zu gewährleisten und potentielle Kriege zu entnuklearisieren<sup>127</sup> – wurden im Kreml völlig verkannt. Statt dessen hatte man weithin den Eindruck,

<sup>124</sup> Ausführungen Andropovs aus Anlass von Honeckers Besuch in Moskau, 3. 5. 1983, in: Pravda vom 4. 5. 1983. Vgl. seine anschließenden Darlegungen, in: Der Spiegel vom 17. 5. 1983, S. 19–21, S. 23 u. S. 25.

<sup>125</sup> Nähere Angaben bei Wettig, Andropovs neue INF-Vorschläge, hrsg. vom Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. Vgl. das Urteil von Nitze gegenüber dem sowjetischen Chefunterhändler in: Kwizinskij, Vor dem Sturm, S. 321 f.

<sup>126</sup> Vgl. Dobrynin, In Confidence, S. 526 f. u. S. 517–520; Jack Matlock, Reagan and Gorbachev. How the Cold War ended, New York 2004, S. 54 f.

<sup>127</sup> Vgl. ebenda, S. 59 f.

dass es ihm darum gehe, die UdSSR durch Ausschaltung ihrer global-strategischen Offensivsysteme einer einseitigen Bedrohung durch die USA auszusetzen.

Andropov war alarmiert. War das eine bloße Finte, oder drohte eine Ausbeulung des global-strategischen Gleichgewichts durch Vorbereitung eines künftigen Erstschlags gegen die UdSSR? Wenn nämlich das amerikanische Territorium tatsächlich nuklear unverwundbar wurde, wie es Reagans erklärtes Ziel war, dann hatten die USA nichts mehr zu befürchten, wenn sie ihre Kernwaffen gegen die UdSSR abfeuerten. Der Krenlchef zweifelte zwar daran, dass sich die Amerikaner tatsächlich einen zuverlässigen Schutz verschaffen könnten, schloss das aber nicht völlig aus. Zudem beunruhigte ihn, dass Reagan mit seinem Programm vielleicht die Sowjetunion zu einem Wettlauf um technologische Überlegenheit nötigen könne, dem sie nicht gewachsen sei<sup>128</sup>.

Die Anklage, die Andropov wenige Tage später öffentlich erhob, war ohne Beispiel. Reagan suche die Fähigkeit zum entwaffnenden Erstschlag zu gewinnen, um die UdSSR mit der Aussicht auf Sieg anzugreifen. Washington kündige immer nur „militärische Vorbereitungen, militärische Programme [und] die Schaffung neuer Arten von Waffen“ an. Das rufe „wachsende Sorge hinsichtlich des militanten Kurses der [dortigen] Administration“ hervor. Davon seien nicht nur die Amerikaner betroffen, da die nun versuchten, die „führende Militärmacht der Welt“ zu werden. Zur Begründung dieser hegemonialen Ambitionen werde die sowjetische Politik so rücksichtslos entstellt, dass sich die Frage aufdränge, „welche Vorstellungen der Präsident von den Standards des Umgangs mit anderen Staaten habe“. Andropov räumte ein, die Sowjetunion habe ebenfalls ihre Verteidigungsfähigkeit verstärkt, sei dazu jedoch „angesichts der fieberhaften Aktivität“ der USA genötigt gewesen. Ihre Mittelstreckensysteme seien „nicht irgendwo, sondern buchstäblich an unserer Schwelle“ aufgestellt, während sich umgekehrt keine sowjetischen Waffen in ihrer Nähe befänden. Anschließend wandte sich Andropov dem SDI-Programm zu. Im Vertrag von 1972, der den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion nur jeweils zwei räumlich begrenzte Raketenabwehrsysteme zugebilligt hatte (wovon die Amerikaner dann keinen Gebrauch gemacht hatten), habe man sich auf Zurückhaltung festgelegt, um auf dieser Basis die Begrenzung und Verringerung der Offensivsysteme voranzutreiben, mithin den Wettlauf bei den [global-]strategischen Rüstungen anzuhalten und umzukehren. Wenn dieses Einvernehmen nunmehr aufgekündigt werde, drohe eine „Öffnung der Schleusen für den ungehinderten Wettstreit bei allen Arten der strategischen Waffen, sowohl der offensiven als auch der defensiven“<sup>129</sup>.

Die sowjetischen Militärs waren ratlos, wie sie die technologische Herausforderung des SDI-Programms angemessen beantworten könnten. Wie Generalstabschef Ogarkov dem Journalisten Leslie Gelb in ungewöhnlicher Offenheit erklärte, war die Sowjetunion außerstande, die amerikanische Waffenqualität in

<sup>128</sup> Vgl. das in: Grinevskij, Perelom, S. 25–29, berichtete Gespräch bei Andropov, 24. 3. 1983; Aleksandrov-Agentov, Ot Kollontaj do Gorbačëva, S. 281 f.

<sup>129</sup> Otvety Ju. V. Andropova na voprosy korrespondenta „Pravdy“, in: Pravda vom 27. 3. 1983.

den nächsten ein oder zwei Generationen zu erreichen. Militärmacht beruhe auf Technik und diese wiederum auf Computern. Daran fehle es in der UdSSR. Ohne Revolution der wirtschaftlichen Verhältnisse könne man den Modernitätsrückstand bei der Rüstung nicht überwinden. Das Problem liege darin – auch dies ein sehr offenes Eingeständnis –, dass es im wirtschaftlichen Bereich keine Revolution ohne eine politische Revolution geben könne<sup>130</sup>. Ogarkov suchte die militärische Position seines Landes mit einer neuen Strategie auf dem europäischen Gefechtsfeld zu festigen. Auf dem Manöver „Sojuz-83“ ließ er üben, wie man einem sich anbahnenden feindlichen Angriff (der nach sowjetischer Vorstellung als alleiniger Kriegsgrund in Betracht kam) in jedem Fall zuvorkommen müsse. Es galt demnach, bei den ersten Anzeichen für Offensivvorbereitungen der NATO sofort loszuschlagen und in die Tiefe des westeuropäischen Territoriums vorzustoßen<sup>131</sup>.

### **Auseinandersetzungen im Sommer 1983**

Andropov sah durch SDI sein Misstrauen gegenüber Reagan bestätigt. Als ihm der Präsident im Juli in einer handgeschriebenen Botschaft versicherte, er trete für den Frieden ein, wolle die nukleare Bedrohung beseitigen und sei jederzeit zu einem persönlichen Gedankenaustausch bereit, blieb er skeptisch. Trotzdem ging er darauf ein. Er vermutete zwar, dass es sich um ein Verwirrspiel Reagans handelte, wollte aber keine Chance versäumen, gegebenenfalls zu einer Übereinkunft zu noch annehmbaren Konditionen zu gelangen<sup>132</sup>. Gleichzeitig verschärfte er die öffentliche Polemik. Anders als in früheren Jahren wurde der Vorwurf, die USA wollten ihre Raketen in Europa stationieren, um unter Inkaufnahme der Vernichtung des Kontinents einen begrenzten Nuklearkrieg zur Ausschaltung der UdSSR zu führen, auch in offizieller Form erhoben. Die Bonner Regierung wurde als Komplize gebrandmarkt. Dagegen müssten sich die Europäer einhellig zur Wehr setzen<sup>133</sup>.

<sup>130</sup> Vgl. Fischer, *A Cold War Conundrum*, S. 18.

<sup>131</sup> Vgl. Grinevskij, *Perelom*, S. 70–72.

<sup>132</sup> Vgl. Aleksandrov-Agentov, *Ot Kollontaj do Gorbačëva*, S. 282 f.; Zubok, *The Failed Empire*, S. 274 f.; Dobrynin, *In Confidence*, S. 530–532.

<sup>133</sup> Vgl. *Kommunisty i antivoennaja bor'ba*, in: *Pravda* vom 23. 7. 1983; *Otvety Maršala D. F. Ustinova nach voprosy korrespondenta TASS*, in: *Pravda* vom 31. 7. 1983; *Briefe Reagans und Andropows an Kohl* [Überschrift des Artikels], in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 27. 8. 1983; *Otvety Ju. V. Andropova na voprosy gazety „Pravda“*, in: *Pravda* vom 27. 8. 1983; *Andropov wirbt, droht und verschickt Briefe an die Europäer*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 31. 8. 1983; *Sokratit' jadernye vooruženija v Evrope! Press-konferencija v Moskve*, in: *Izvestija* vom 15. 9. 1983; *Juri Andropow antwortet auf Schreiben von BRD-Bundestagsabgeordneten*, in: *Neues Deutschland* vom 21. 9. 1983; *Zajavlenie Ju. V. Andropova*, in: *Pravda* vom 29. 9. 1983; *G. Vasil'ev, Rakety „ograničennoj voiny“. K komu nužny „Peršingi“ i „Tomagavki“*, in: *Pravda* vom 30. 9. 1983; *Ostanovit' ugrozu jadernoj vojny v Evrope*, in: *Pravda* vom 13. 10. 1983; *Samjatin: Stationierung heisst Aus für Genf*, in: *Die Welt* vom 13. 10. 1983; *„Die Deutschen müssen die Folgen tragen“*. *Andropow-Berater Georgij Arbatow über die Nachrüstung und die Weltpolitik nach dem Jumbo-Abschuss*, in: *Der Spiegel* vom 24. 10. 1983; *Otvety Ju. V.*

Der Massenprotest im Westen, vor allem in der entscheidenden Bundesrepublik, nahm zwar weiter zu, doch erschien dem Kreml keineswegs sicher, dass sich die NATO-Raketen verhindern ließen. Gravierende Zweifel der sowjetischen Unterhändler an der Durchsetzbarkeit dieser Forderung führten zu internen Erörterungen möglicher Alternativen<sup>134</sup>. Das Politbüro fasste am 12. Mai den Beschluss, im Falle einer NATO-Stationierung über den bislang vorgesehenen Umfang hinaus weitere SS 20 in Dienst zu stellen, die „operativ-taktischen“ Raketen nach vorne zu verlegen, Marschflugkörper in den europäischen Teil der UdSSR zu bringen und neue global-strategische Waffen einzuführen<sup>135</sup>. Es war klar, dass sich damit die qualitative Veränderung des Kräfteverhältnisses durch den erstmaligen Aufbau einer eurostrategischen Gegenmacht nicht beseitigen ließ, doch schien es angebracht, den Eindruck zu erwecken, als könne man den vorgesehenen Erfolg westlichen Vorgehens zunichte machen. Die sowjetische Regierung gab daher am 28. Mai ohne Nennung von Einzelheiten bekannt, die UdSSR würde bei Aufstellung der NATO-Raketen wirkungsvolle Gegenmaßnahmen ergreifen<sup>136</sup>.

Das war nicht zuletzt auch als Warnung an die Westdeutschen gedacht. Die Ängste, die damit geschürt wurden, verstärkten den innenpolitischen Druck auf die Bundesregierung. Beim Besuch Kohls in Moskau Anfang Juli 1983 suchte die Kremelführung festzustellen, inwieweit Bonn bereit war nachzugeben. Sie erreichte nichts: Der Bundeskanzler blieb zwar auch dann noch freundlich, als die werbende Überredung in kaum verhüllte Drohungen überging, war aber von der NATO-Linie nicht abzubringen<sup>137</sup>. Obwohl die Aufrechterhaltung des sowjetischen INF-Monopols damit in Frage stand, machten die Moskauer Akteure keine Abstriche von ihren Forderungen am Genfer Verhandlungstisch. Auch das Argument, man könne der amerikanischen Propaganda doch nicht das Feld überlassen, bewog sie nicht zur Änderung ihrer unnachgiebigen Haltung<sup>138</sup>.

Obwohl der UdSSR die Ablehnung des Waldspaziergang-Kompromisses vielfach zum Vorwurf gemacht wurde, wollte Andropov mit Äußerungen des Verständigungswillens politisch in die Offensive gehen. Das Publikum sollte den Eindruck erhalten, der Kreml suche die Position des Westens noch stärker zu berücksichtigen als früher. Anfang August wies er das Außenministerium an, einen

---

Andropova na voprosy gazety „Pravda“, in: Pravda vom 27. 10. 1983; Otvet Ju. V. Andropova na obrašćenje III Meždunarodnogo kongressa „Vračji mira na predotvrašćenje jadernoj vojny“, in: Pravda vom 30. 10. 1983; Ploetz/Müller, *Ferngelenkte Friedensbewegung?*, S. 238–262.

<sup>134</sup> So der Bericht bei Kwizinskij, *Vor dem Sturm*, S. 323 f.

<sup>135</sup> Vgl. die Angaben zu Dokument 1902, in: *Archiv Kremlja*, S. 159; Kwizinskij, *Vor dem Sturm*, S. 322.

<sup>136</sup> Vgl. *Zajavlenie sovetskogo pravitel'stva*, in: Pravda vom 28. 5. 1983.

<sup>137</sup> Vgl. die Angaben zu Dokument 1911 und 1912, in: *Archiv Kremlja*, S. 160; *Stellungnahmen von N. A. Tichonov und H. Kohl (mit kleinen Auslassungen)*, 4. 7. 1983, in: Pravda vom 5. 7. 1983; *Gespräch Ju. V. Andropov – H. Kohl (mit kleinen Auslassungen)*, 5. 7. 1983, in: Pravda vom 6. 7. 1983; *Harte und klare Aussprache in Moskau. Vage Drohungen Andropows mit Gegenmaßnahmen [Korrespondentenbericht]*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 6. 7. 1983; Helmut Kohl, *Erinnerungen 1982–1990*, München 2005, S. 148–151.

<sup>138</sup> Vgl. Kwizinskij, *Vor dem Sturm*, S. 323–327.

komplexen Aktionsplan auszuarbeiten, der den moralischen Druck auf die USA und die NATO vergrößere und den westeuropäischen Stationierungsgegnern Auftrieb gebe. Der zwei Wochen später vorliegende Entwurf sah wie zuvor die Einbeziehung der britischen und französischen Systeme in den Kräftevergleich und den Verzicht der USA auf die Stationierung ihrer Raketen vor. Dafür wollte die UdSSR die Verschrottung ihrer Raketen in Europa zusagen, die Forderung nach Entfernung der amerikanischen Flugzeuge fallen lassen und die SS 20 in Asien nicht vermehren. Dieser Aufwuchs sollte freilich erst ab dem – frühestens 1985 zu erwartenden – Inkrafttreten des Vertrags beendet werden. Die Militärs hofften bis dahin die eingeleiteten massiven Neustationierungen jenseits des Ural abgeschlossen zu haben<sup>139</sup>.

Als am 22. August im Politbüro darüber beraten wurde, fragte Andropov, ob sein Vorschlag Aussicht auf Annahme durch Washington habe. Darauf wollte zunächst niemand antworten. Schließlich erklärte man ihm, damit sei nicht zu rechnen. Dazu bedürfe es anderer Regelungen. Daraufhin brach der Kremchef die Beratung ab und wies Kvicinskij an, die Ausarbeitung zur Leitlinie der Verhandlungsführung zu machen. Im weiteren Verlauf werde man sehen, was sich davon zur Veröffentlichung eigne und welche Fragen Reagan stelle. Wie die meisten Führungsmitglieder lehnte auch Andropov die Liquidierung aller sowjetischen Raketen in Europa als Gegenleistung für den westlichen Stationierungsverzicht ab<sup>140</sup>. Ohne dieses Zugeständnis aber war keinesfalls eine Übereinkunft zu erreichen. Es ist nicht klar, welche Vorstellungen Andropov vorschwebten. Wollte er, sobald sich herausgestellt hatte, welche Einwände Washington im Einzelnen erhob, publizistisch in geeigneter Weise gegenhalten oder aber seine Position ändern, um zu einem Einvernehmen zu gelangen, sofern dieses zu hinreichend akzeptablen Bedingungen zu haben war?

### Propagandaschlacht und Kriegsangst

Ein völlig unvorhergesehenes Ereignis machte Andropovs Planungen zunichte. In der Nacht vom 31. August zum 1. September schossen sowjetische Jagdflugzeuge eine irrtümlich in den Luftraum ihres Landes geratene südkoreanische Verkehrsmaschine mit 269 Menschen ab, die sie für ein Spionageflugzeug gehalten hatten. Dies rief weltweite Empörung hervor. Der Kreml hielt den Flug für eine Provokation der USA, um die UdSSR zu diskreditieren. Der ranghöchste ZK-Sekretär der KPdSU, Konstantin Černenko, der in Andropovs krankheitsbedingter Abwesenheit<sup>141</sup> die Geschäfte führte und außenpolitisch unerfahren war, bestritt jedes sowjetische Fehlverhalten und brachte dadurch das Ausland noch mehr auf. In die

<sup>139</sup> Vgl. ebenda, S. 328 f.

<sup>140</sup> So lauteten die Informationen, die der sowjetische Chefunterhändler Kvicinskij erhielt. Vgl. ebenda, S. 329 f.

<sup>141</sup> Vgl. Grinevskij, Perelom, S. 70–72; Achromeev/Kornienko, Glazami maršalla i diplomata, S. 32 (Ausführungen Achromeevs). Andropovs gesundheitliche Einschränkungen hatten sich bereits im ausgehenden Winter gezeigt; vgl. ebenda, S. 33; Aleksandrov-Agentov, Ot Kollontaj do Gorbačëva, S. 283.

Rolle des Angeklagten versetzt, war der Kreml wochenlang genötigt, die Aufmerksamkeit weithin auf die Abwehr der Vorwürfe zu konzentrieren<sup>142</sup>.

Um aus der Defensive herauszukommen, verstärkte die sowjetische Seite im Herbst 1983 ihre propagandistischen Anstrengungen<sup>143</sup>. Der 1. stellvertretende Außenminister Kornienko wurde an die publizistische Front geschickt, um den Argumenten Andropovs vom 3. Mai Nachdruck zu verleihen<sup>144</sup>. Ustinov verschärfte die Androhung der Gegenmaßnahmen mit der öffentlichen Ankündigung, dann würden die USA der gleichen Gefahr ausgesetzt werden, die sie der UdSSR bereiten wollten<sup>145</sup>. Ende September veröffentlichte man unter dem Namen Andropovs (der krankheitshalber nicht mehr persönlich in Erscheinung treten konnte) eine umfängliche polemische Stellungnahme, die nachweisen sollte, dass die westliche Position in keiner Hinsicht zu rechtfertigen sei und den Frieden in der Welt extrem gefährde<sup>146</sup>. Besondere Aufmerksamkeit galt den Raketengegnern in der Bundesrepublik, die eifrig Widerstandsaktionen gegen die Stationierung vorbereiteten<sup>147</sup>. Ein entsprechender Beschluss linker SPD-Bundestagsabgeordneter wurde in der „Pravda“ publiziert und einer Antwort mit Andropovs Unterschrift gewürdigt<sup>148</sup>. Emissäre des Parteiapparats suchten insbesondere die Westdeutschen davon zu überzeugen, dass die Aussicht auf eine Übereinkunft nicht durch die geplante Stationierung zerstört werden dürfe<sup>149</sup>.

Seit Anfang September war in den sowjetischen Medien von der Möglichkeit eines Kriegs die Rede. Offenbar suchte die Regierung die Bevölkerung psychologisch darauf vorzubereiten. In den Sicherheitsapparaten war man nervös. Als die NATO Anfang November in einer Kommandostabsübung den vollen Einsatz der Kernwaffen simulierte, teilte die KGB-Zentrale den Residenturen in Westeuropa mit höchster Dringlichkeitsstufe mit, die dortigen amerikanischen Streitkräfte seien in Alarmzustand versetzt worden und an einigen Stützpunkten habe man schon die Streitkräfte mobilisiert. Einem Geheimdienstdokument zufolge gebe es

<sup>142</sup> Vgl. ebenda, S. 330 f.; Achromeev/Kornienko, Glazami maršalla i diplomata, S. 48–51 (Ausführungen Kornienkos); Dobrynin, In Confidence, S. 535–537; Matlock, Reagan and Gorbachev, S. 66 f.

<sup>143</sup> Als charakteristisches Beispiel siehe „Die Deutschen müssen die Folgen tragen“. Andropow-Berater Georgi Arbatow über die Nachrüstung und die Weltpolitik nach dem Jumbo-Abschluss, in: Der Spiegel vom 24. 10. 1983, S. 154–161.

<sup>144</sup> Siehe G. Kornienko, Sokratit' jadernye vooruženija v Evrope!, in: Pravda vom 15. 9. 1983.

<sup>145</sup> Vgl. Reč' D. F. Ustinova na toržestvennom zasedanii v svjazi s 200-letiem so vremeni osnovanija Sevastopolja, 9. 9. 1983, in: Pravda vom 10. 9. 1983.

<sup>146</sup> Vgl. Zajavlenie General'nogo sekretarja CK KPSS, Predsedatelja Prezidiuma Verchovnogo Soveta SSSR Ju. V. Andropova, in: Pravda vom 29. 9. 1983.

<sup>147</sup> Vgl. Linksextremistische und sicherheitsgefährdende Kampagnen innerhalb der Kampagne gegen die NATO-Nachrüstung, hier: Aktionsplanung Sommer und Herbst 1983 [Mitteilungsblatt mit Wiedergabe von Informationen der westdeutschen Geheimdienste], 20. 6. 1983; DKP beherrscht Planungen für die „Friedenswoche“, in: Die Welt vom 6. 10. 1983.

<sup>148</sup> Vgl. Gruppa social-demokratičeskich deputatov Bundestaga FRG, in: Pravda vom 21. 9. 1983; Juri Andropow antwortet auf Schreiben einer Gruppe von SPD-Bundestagsabgeordneten (TASS-Wiedergabe), in: Neues Deutschland vom 21. 9. 1983.

<sup>149</sup> Siehe etwa den Bericht über den Auftritt Leonid Zamjatins in Hamburg, in: Die Welt vom 13. 10. 1983.



Informationen, dass die USA alles für einen Erstschlag gegen die UdSSR vorbereiteten. Sie seien in der Lage, die Kommandostellen und das gesamte Befehlssystem in der Sowjetunion durch einen Enthauptungsschlag auszuschalten. Um der vermeintlichen Bedrohung zu begegnen, suchte man die Reagan-Administration durch ein ihr zugespieltes vorgebliches Geheimpapier glauben zu machen, in Moskau kenne man ihre Fähigkeiten und Pläne und fürchte sie nicht, weil man die notwendigen Maßnahmen ergriffen habe<sup>150</sup>.

### Verhandlungsmanöver

In den Genfer INF-Verhandlungen war bis Anfang September 1983 keine Annäherung erzielt worden. Wie Nitze in einem informellen Gespräch mit seinem Gegenüber deutlich machte, konnten sich die USA keinesfalls auf Kompensationen für die britischen und französischen Kernwaffen einlassen, weil dies die Integrität der NATO gefährdete. Überdies schien es unabdingbar, wenigstens einige neue Raketen in Europa aufzustellen, wenn sich deren Gesamtzahl auch wesentlich reduzieren lasse. Kvicinskij erwiderte, falls, wie vom Westen geplant, im November Stationierungen begännen, würde es keine weiteren Verhandlungen geben. Der Kreml bestand auf Berücksichtigung der britischen und französischen Systeme, vor allem aber auf einem Verzicht neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa. Als Nitze am 19. September einen neuen Vorschlag aus Washington ankündigte, der Andropovs Plädoyer für gleiche Sprengkopffzahlen vom 3. Mai aufgriff, stellte Kvicinskij durch Nachfragen fest, dass man daraus völlig andere Konsequenzen zog als in Moskau. Für die sowjetische Seite war absolut unannehmbar, dass die Amerikaner die ihnen zustehenden eurostrategischen Sprengköpfe auf Waffensysteme ihres Ermessens, etwa auf die für Europa vorgesehenen Raketen, verteilen wollten. Vielmehr bestand der Kreml auf der Forderung, dass die NATO keine einzige INF-Rakete erhalten dürfe<sup>151</sup>.

Kurz vor Beginn der westlichen Stationierungen erwog die UdSSR einen neuen Vorschlag. Kvicinskij deutete die Möglichkeit eines Kompromisses an, demzufolge beide Seiten jeweils auf 572 Sprengköpfe verzichten sollten. Wenn die USA die vorgesehene Raketendislozierung dieses Umfangs unterließen, könne die UdSSR bis zu 120 SS 20-Startgeräte in Europa abbauen. Das Problem der britischen und französischen Systeme würde dann späteren Gesprächen vorbehalten. Um Näheres zu erfahren, traf sich Nitze am 2. November mit Kvicinskij. Nach dessen Verlangen sollten sich die Amerikaner diesen Vorschlag zu eigen machen und offiziell unterbreiten, der dann günstige Aufnahme in Moskau finden werde. Die Frage, ob mit Wohlwollen auch für den Plan vom Waldspaziergang zu rechnen sei, wurde verneint: Der Kreml lehne diesen ohne Einschränkung ab. In einer weiteren vertraulichen Unterredung hob Kvicinskij das große Zugeständnis hervor, zu dem die UdSSR bereit sei, indem sie nicht nur

<sup>150</sup> Vgl. Fischer, A Cold War Conundrum, S. 24–31.

<sup>151</sup> Vgl. Kwizinskij, Vor dem Sturm, S. 331–338.

die Reduzierung der SS 20 auf 120 Systeme, sondern auch den Aufschub der Verhandlungen über die britischen und französischen Arsenale akzeptiere. Nitze erwiderte, er habe eine Reihe von Fragen. Zudem könne er seinem Gesprächspartner keine Hoffnung auf eine positive Reaktion in Washington machen<sup>152</sup>.

In den weiteren, bis zum 19. November fortgesetzten informellen Unterredungen zwischen den beiden Chefdelegierten ging es immer wieder um dieselbe Kernfrage. Die Systeme der beiden westeuropäischen Staaten wurden zwar zunächst ausgeklammert, doch zielten die sowjetischen Reduzierungsvorschläge nach wie vor stets darauf ab, jedwede Stationierung in Westeuropa auszuschließen, während in der UdSSR westlich des Ural ein machtvoller SS 20-Bestand – 120 Startgeräte mit 360 Raketen der ersten Salve – bleiben sollte. Doch war das geforderte massive Monopol an landgestützten INF-Raketen für die Reagan-Administration völlig unannehmbar. Sie bestand darauf, dass zumindest ein Teil der 1979 vorgesehenen Kapazitäten akzeptiert werden müsse. Zudem verlangte Kwičinskij, sein Vorschlag sei offiziell als Position der USA in die Verhandlungen einzubringen. Nitze lehnte ab, denn er wusste, dass der Kreml dadurch die Möglichkeit erhielt, den eigenen Vorschlag als Stellungnahme der Gegenseite zu behandeln, die um des Kompromisses willen einer Korrektur zugunsten der UdSSR bedürfe. Offenbar war jedoch noch eine andere Absicht maßgebend. Obwohl die sowjetischen Vorstellungen zurückgewiesen worden waren, sprach der Kreml gegenüber den Regierungen in Westeuropa von einem amerikanischen Vorschlag, um dort Bestürzung und das Gefühl des Hintergangenseins zu hervorzurufen. Das Kalkül der Akteure in Moskau, auf diese Weise lasse sich die Einheitsfront der NATO sprengen, ging nicht auf, nachdem die USA die Verbündeten schon vorher über den Stand der Verhandlungen unterrichtet hatten. Die folgenden gegenseitigen Schuldzuweisungen von Moskau und Washington endeten mit dem Abbruch der Verhandlungen, den die sowjetische Seite zunächst noch hinausgezögert hatte, um zu sehen, ob ihre politischen Manöver nicht vielleicht doch noch zum Erfolg führen könnten<sup>153</sup>.

### Stationierung der NATO-Raketen

Gromyko forderte die Außenminister der sowjetischen Verbündeten in Sofia am 13./14. Oktober 1983 dazu auf, alle Anstrengungen auf die Verhinderung der Stationierung in der Bundesrepublik zu konzentrieren<sup>154</sup>. Für den Fall, dass die NATO-Raketen gegen alle Proteste durchgesetzt würden, drohte der Kreml der Bundesregierung mit dem Abbruch der Genfer Verhandlungen, mit empfindli-

<sup>152</sup> Vgl. ebenda, S. 339–342; Nitze, *From Hiroshima to Glasnost*, S. 389–391.

<sup>153</sup> Vgl. ebenda, S. 391–398; Kwizinskij, *Vor dem Sturm*, S. 342–351.

<sup>154</sup> Vgl. Ploetz/Müller, *Ferngelenkte Friedensbewegung?*, S. 169–174; *Kommuniqué der Tagung der Außenminister des Warschauer Pakts in Sofia*, 14. 10. 1983, in: *Izvestija* vom 15. 10. 1983; Ronald D. Asmus, *Soviet Bloc Intensifies Campaign Against Euromissiles*, *Radio Free Europe Research*, in: *RAD Background Report/241* vom 17. 10. 1983.

chen Gegenmaßnahmen und einer politischen „Eiszeit“. Jede Hoffnung auf eine europäische Entspannung würde damit ebenso zunichte wie die seit den siebziger Jahren erreichten Fortschritte im innerdeutschen Verhältnis<sup>155</sup>. Zugleich waren die westdeutschen Friedenskomitees bemüht, Öffentlichkeit und Behörden mit der Stärke der Protestbewegung zu beeindrucken. Um die Aufstellung der Raketen doch noch zu verhindern, organisierten sie im Oktober eine „Aktionswoche“ mit zahllosen Aktivitäten: politischem Straßentheater, Informationskampagnen, Fastengruppen, Prozessionen und Menschenketten, vor allem aber Massendemonstrationen in Bonn mit über 500.000, anderswo mit bis zu 200.000 Demonstranten<sup>156</sup>.

In den Organisationsgremien setzten die Kommunisten gegen die Grünen durch, dass auch Vertreter des politischen Establishments, namentlich prominente Sozialdemokraten wie der Parteivorsitzende Brandt, mit Redebeiträgen gegen die Stationierung auftraten. Damit sollte der Öffentlichkeit das Bild eines breiten Widerstands gegen die Verwirklichung des NATO-Beschlusses geboten werden. An die vorgesehenen Stationierungsorte, die *Der Spiegel* am 30. Oktober 1982 bekannt gemacht hatte, wurden Tausende speziell geschulter Leute gebracht. „Schweigeminuten“ und „Sternmärsche“ sollten den Druck auf die Regierung erhöhen<sup>157</sup>. Am 18. November 1983 verabschiedete ein außerordentlicher SPD-Parteitag mit überwältigender Mehrheit einen Anti-Raketen-Beschluss. Nur Schmidt und wenige andere votierten dagegen. Drei Tage später billigte der Bundestag die Stationierung mit den Stimmen der Koalition sowie Schmidts und seiner Getreuen<sup>158</sup>. Kurz danach trafen die ersten Raketen ein. Der Protest erreichte allorten den Höhepunkt; Demonstranten blockierten das Verteidigungsministerium und die Aufstellungsorte. Einen Moment lang schien der Widerstand unüberwindlich. Dennoch gab die Bundesregierung nicht nach. Sie setzte Hubschrauber ein, um die Raketen an Ort und Stelle zu bringen und die Arbeitsfähigkeit des Ministeriums aufrechtzuerhalten<sup>159</sup>.

<sup>155</sup> Vgl. Grinevskij, Perelom, S. 56; Ronald D. Asmus, Soviet Bloc Intensifies Campaign against Euromissiles, Radio Free Europe Research, RAD Background Report/241 vom 17. 10. 1983. Die unter dem Namen Andropovs erfolgte Bekanntgabe der Vorbereitung näher bezeichneter Gegenmaßnahmen am 24. 10. 1983 wurde seitens der DDR und der Tschechoslowakei (die insbesondere die operativ-taktischen Raketen aus der UdSSR aufzunehmen hatten) durch Erklärungen gleichen Inhalts flankiert (Abdruck aller Stellungnahmen in: Pravda vom 25. 10. 1983).

<sup>156</sup> Vgl. Andreas Wirsching, Abschied vom Provisorium 1982–1990, München 2006, S. 103–105; Josef Janning, Die neue Friedensbewegung 1980–1986, in: Ders./Hans-Josef Legrand/Helmut Zander (Hrsg.), Friedensbewegungen. Entwicklungen und Folgen in der Bundesrepublik Deutschland, in Europa und den USA, Köln 1987, S. 45.

<sup>157</sup> Vgl. ebenda, S. 45 f.; Herf, War by Other Means, S. 202 f.; Stefan Heydeck, Den Grünen entgleitet die Friedensbewegung, in: Die Welt vom 16. 7. 1983; DKP beherrscht Planungen für die „Friedenswoche“, in: Die Welt vom 6. 10. 1983; Stefan Heydeck, Sagt die SPD endgültig Nein? Böll warnt vor DKP-Einfluss, in: Die Welt vom 18. 10. 1983. Brandt wandte sich als Redner auf der Bonner Veranstaltung zwar gegen die Raketen, plädierte aber für ein Festhalten an der NATO.

<sup>158</sup> Vgl. Herf, War by Other Means, S. 203–214.

<sup>159</sup> Vgl. Janning, Die neue Friedensbewegung, in: Ders./Legrand/Zander (Hrsg.), Friedensbewegungen, S. 46. Das zentrale Gremium der Friedensbewegung hatte das Konzept im Sommer

Als sich zeigte, dass die Stationierung gegen alle Widerstände durchgesetzt wurde, brach die Anti-Raketen-Bewegung in kurzer Zeit auseinander. Die kommunistischen Kader in den Friedenskomitees hatten die disparaten Gruppen bis dahin nur dadurch zusammenhalten können, weil sie dem Prinzip der Einheit alles untergeordnet hatten. Als die Raketen nicht mehr zu verhindern waren, verlor dieses Argument seine Überzeugungskraft.

Auf internationaler Ebene erwiesen sich die angedrohten sowjetischen Gegenmaßnahmen als wenig wirksam. Zwar verlegte die Kremelführung, wie angekündigt, „operativ-taktische“ Raketen nun in die DDR und die Tschechoslowakei, gab das Ende des erklärten Moratoriums für die Einführung weiterer Systeme bekannt, brachte weitere SS 20 über die bis dahin festgelegte Zahl hinaus in Stellung und kündigte zusätzliche Patrouillenfahrten von Nuklar-U-Booten vor den Küsten Nordamerikas an<sup>160</sup>. Das neue Kräfteverhältnis, das durch die Brechung des sowjetischen INF-Monopols geschaffen wurde, ließ sich auf diese Weise aber nicht aufheben. Der Abbruch der Genfer Verhandlungen rief im Westen kaum Eindruck hervor, nachdem die unnachgiebige Haltung der UdSSR bereits zuvor die Hoffnung auf Einigung zerstört hatte. In Bonn spürte man von der angekündigten „Eiszeit“ im Verhältnis zum Osten zunächst nichts, denn die Leiter der Außenpolitik in Moskau suchten in den ersten Monaten durch Kooperationsangebote auf die Bundesregierung einzuwirken. Erst als sich herausstellte, dass die CDU/CSU-FDP-Koalition auch durch Lockungen nicht von der NATO-Linie abzubringen waren, schränkten sie den Kontakt demonstrativ ein<sup>161</sup>.

Die negativen Folgen für die westdeutsche Seite hielten sich auch dadurch in Grenzen, dass die DDR zum starken Missfallen der UdSSR die Zusammenarbeit fortsetzte. Das SED-Regime war dringend auf die Zahlungen aus Bonn angewiesen und daher bereit, an den 1971/72 vereinbarten „Erleichterungen für die Menschen im geteilten Deutschland“ festzuhalten und sie sogar zu erweitern. Honecker scherte aus der Ablehnungsfront gegen die Bundesrepublik aus und nahm damit der sowjetischen Bestrafungspolitik den größten Teil ihrer Wirkung. Die politische Differenz zwischen Moskau und Ost-Berlin vergrößerte sich in der folgenden Zeit ständig und beeinträchtigte zunehmend die Gemeinsamkeit, die aufgrund der beiderseitigen Zugehörigkeit zum sozialistischen Lager bestand. Insoweit schwächte der Kreml mit seiner Reaktion auf die NATO-Stationierung nicht den Westen, sondern sich selbst<sup>162</sup>.

---

ausgearbeitet: In Bonn sollen Ministerien und Botschaften „umzingelt“ werden (Pläne der Friedensbewegung für den Herbst, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28. 7. 1983).

<sup>160</sup> Vgl. Zajavlenie General'nogo sekretarja CK KPSS, Predsedatelja Prezidiuma Verchovnogo Soveta SSSR Ju. V. Andropova, in: Pravda vom 25. 11. 1983; Grinevskij, Perelom, S. 62 f.

<sup>161</sup> Vgl. Wettig, High Road, S. 130 f.; Černjaev, Na Staroj Ploščadi, S. 115.

<sup>162</sup> Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 481; vgl. Hermann Wentker, Äußerer Prestigeerfolg und innere Zwänge. Zum Zusammenhang von Außen- und Innenpolitik in den letzten Jahren der DDR, in: Deutschland Archiv 40 (2007), S. 999–1006.

## Schlussfolgerungen

Die sowjetische Politik in der Euroraketenfrage orientierte sich an dem Prinzip, der Schutz des eigenen Landes müsse „zuverlässig“ – also unbedingt auch im Kriegsfall – stets gewährleistet sein. Die Abschreckung, auf die der Westen setzte, hielt die sowjetische Seite für ein aggressives, offensives Konzept. Dass dieses in Wirklichkeit auf die Verhinderung des Krieges mittels eines wechselseitigen Vernichtungsrisikos abzielte, blieb außer Betracht. Von einem militärischen Konflikt in Europa war mithin nicht nur die UdSSR, sondern auch der Westen bedroht. Nach dem Willen des Kreml sollte die Sicherheit des Westens nicht vom Prinzip der potentiellen gegenseitigen Vernichtung abhängen, vielmehr sollte genügen, dass die Sowjetunion aufgrund ihres sozialistischen Charakters „friedliebend“ sei und daher kein anderes Land bedrohe. Diese Prämisse ließ alle sowjetischen Aufrüstungsbemühungen defensiv erscheinen, und erklärt, warum Brežnev, Andropov, Gromyko und andere Führungsmitglieder augenscheinlich glaubten, sie könnten auf dieser Grundlage eine Vereinbarung mit dem Westen erzielen, sobald dort nach Ausschaltung der „aggressiven“ Kräfte Vernunft eingekehrt sei.

Die selbstbezogene sowjetische Sicht ließ die Einsicht nicht zu, dass die eigene Rüstung auf den Aufbau einer überlegenen Machtposition abzielte, die nicht nur eine perfekte Sicherheit des Landes unter allen vorhersehbaren Umständen gewährleisten sollte, sondern zugleich den Westen zu militärischer Wehrlosigkeit und politischer Erpressbarkeit verurteilte. Nur Ustinov und die Marschälle waren sich, wie aufgrund ihrer Aussagen und ihrer Sachkenntnis anzunehmen ist, dieser doppelten Konsequenz bewusst. Der Wille, auch die offensiven Optionen zu nutzen, fand Ausdruck in Ustinovs ständigem Drängen auf Vergrößerung der eigenen militärischen Möglichkeiten. Mit dem Hinweis auf den – damit gleichzeitig verfolgten – defensiven Zweck bewog er Brežnev dazu, seine Forderungen zu akzeptieren. Rücksicht auf die begrenzte ökonomische Leistungsfähigkeit der UdSSR wurde dabei nicht genommen. Angesichts zunehmender Erschöpfung des Landes setzte die neue Generation, die 1985 mit Gorbachëv an die Spitze trat, andere Prioritäten. Die Revitalisierung der Wirtschaft war nun das oberste Ziel. Das erforderte eine Beschränkung der Rüstung durch Vereinbarung mit dem Westen. Das Postulat der „zuverlässigen Verteidigung“, das den NATO-Staaten keinen Anspruch auf Sicherheit zubilligte, ließ sich nicht aufrechterhalten. Mit dem Entschluss, die Militärstrategie defensiv auszurichten, schuf der neue Kremlchef eine entscheidende Voraussetzung dafür, dass der INF-Vertrag im Dezember 1987 mit den USA auf der Grundlage eines beiderseitigen vollständigen Raketenverzichts abgeschlossen werden konnte, wie Reagan seit langem gefordert hatte.